

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57534 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 68. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Abdruck der „Welt“, „Jugend“, „Licht“ und „Kämpfer“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Die einseitige Anzeigenliste 80 Zeilen, Restzeitung 6- Reichsmarkt. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pfennig (zwei- und dreizehnte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeluche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschloß Lindenstraße 3, montags bis 6 Uhr, bis 17 Uhr.

Die Nanjing-Regierung berät. Versöhnliche Antwort? / Weitere Russenausweisungen und Truppenbewegungen

London, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Der Außenminister der chinesischen Nationalregierung, C. T. Wang, befindet sich auf dem Wege von Peking nach Nanjing, um die von ihm vorbereitete Antwortnote auf das russische Ultimatum seiner Regierung vorzulegen.

Es verläutet, daß die chinesische Antwort in versöhnlichem Sinne gehalten sein wird, zumal Japan aus Furcht vor einem ähnlichen Vorgehen Chinas in der Süd-Mandschurei in dieser Angelegenheit die chinesische Nationalregierung nicht unterstützen würde. General Tschiang Kai-schek ist inzwischen nach Nanjing zurückgekehrt und hat mit verschiedenen Mitgliedern der Regierung Besprechungen geführt. Man erwartet, daß er eine öffentliche Erklärung abgeben wird, sobald er mit dem chinesischen Kommandeur in der Mandschurei, General Tschiang Jü-liang, eine Aussprache gehabt hat.

Inzwischen wird aus Chorbín in der Mandschurei gemeldet, daß am Montag weitere russische Staatsbürger Ausweisungsbefehle aus Khabarowka erhalten haben. In einschüchternen Kreisen der Mandschurei ist man im übrigen der Auffassung, daß die russische Note lediglich einen Bluff darstellt. Die Regierung von Nanjing hat jedoch bereits alle Vorbereitungen getroffen, um im Falle irgendeines aggressiven Vorgehens der russischen Regierung ihre Truppen mit größter Beschleunigung von Nanjing nach Chorbín zu bringen. Nach einer allerdings bisher nicht bestätigten Meldung aus Rußland hat die Regierung von Nanjing den General Tschiang Jü-liang beauftragt, 100.000 Mann binnen 48 Stunden zu mobilisieren. Reisende, die in Chorbín eingetroffen sind, berichten, daß sie zahlreiche russische Truppen transporte östlich von Karimsta, dem Eisenbahnknotenpunkt der chinesischen Ostbahn und der russischen Amurbahn, beobachtet hätten.

Wird der Völkerbund eingreifen?

Außenminister Henderson betonte im Unterhaus auf eine Frage nach der Stellungnahme der britischen Regierung zu der russischen Note, daß er bisher keinerlei offizielle Kenntnis von den Vorgängen in der Mandschurei habe. Auf die Frage, ob die britische Regierung der Sowjetregierung eine Unterbreitung des Streifalles an den Völkerbund raten werde, antwortete Henderson, er werde hierüber eine Entscheidung treffen, sobald er offiziell unterrichtet worden sei.

Spannung in Moskau.

Moskau, 15. Juli. (D.-E.)

In Moskau herrscht gespannteste Stimmung, denn die Frage, was eine Nichtannahme des Ultimatus durch China oder eine Nichtbeantwortung in der vorgeschriebenen Frist für Folgen haben würde, beschäftigt die gesamte Öffentlichkeit. Mit militärischen Operationen großen Ausmaßes wird einstweilen nicht gerechnet, wie denn überhaupt bei allen Kombinationen nicht von einem Kriege die Rede ist, sondern nur von den notwendigen Maßnahmen zur Wahrung der Rechte der Sowjetunion und etwaigen Schritten zum Schutz ihres Prestiges. Diese dürften, falls die drei Tage kein Einlenken Chinas bringen, vermutlich darin bestehen, daß die Roten Truppen im Gebiet der Ostchinesischen Eisenbahn

einige Punkte befehen und sich damit Pfänder sichern.

Ein größerer Vorstoß auf breiter Basis dürfte sich dagegen schon mit Rücksicht auf die ungewisse Stellungnahme Japans verbieten. Die drei Tage bis zum Ablauf des Ultimatus stehen jedenfalls im Zeichen einer zunehmenden Spannung.

Es ist bekanntlich nicht das erste Mal, daß China und die Sowjetunion wegen der Ostchinesischen Bahn in Konflikt geraten sind, deren gemeinsame Verwaltung durch ein Abkommen 1924 geregelt worden ist. Von chinesischer Seite sind aber immer wieder Vorstöße gemacht worden, die sowjetrussische Mitverwaltung der Bahn einzuschränken. Die bisherigen Auseinandersetzungen haben sich zwar beiseite lösen, jedoch nicht ohne bedenklichen Prestigeverlust für die Sowjetunion. Des hat die Sowjetregierung jetzt bei dem neuen Konflikt zu einer weit schärferen Sprache als bisher veranlaßt, vor allem aber wohl die Befürchtung, ihre ganze Stellung in der Verwaltung der Ostchinesischen Bahn und damit in Ostasien überhaupt durch weitere Nachgiebigkeit zu gefährden.

Juli-14-Stimmung in Sowjetrußland.

Moskau, 15. Juli. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.)

In den Betrieben und Kemiern der gesamten Sowjetunion finden Massenprotestversammlungen gegen die Vorgänge bei der chinesischen Ostbahn statt. In den in den Versammlungen geführten Beschlüssen wird Entrüstung über die Handlungsweise der chinesischen Behörden zum Ausdruck gebracht, werden die Wiederherstellung der vor der Beschlagnahme gültigen Rechtslage und entschiedene Maßnahmen zum Schutze der Rechts-

interessen der Sowjetunion gefordert und wird die Sowjetregierung der völligen Unterstützung durch die sowjetrussische Öffentlichkeit versichert.

Rußlands geplante Vergeltungsmaßnahmen.

Kommo, 15. Juli.

Wie aus Moskau gemeldet wird, verläutet von unterrichteter Seite, daß die letzte russische Note an die chinesische Regierung im Gegensatz zu den Auslegungen der europäischen Presse keine militärische Drohung enthalte. Die Sowjetregierung wolle vielmehr im Falle des Nichtzustandekommens einer friedlichen Lösung den chinesischen Geschäftsträger aus der Sowjetunion ausweisen, die chinesisch-russische Grenze an den Stationen Pogranitschnaja und Mandschuria sperren und den wirtschaftlichen Boykott über chinesische Waren verhängen. Ferner wird die Sowjetregierung die Nanjingregierung nicht als die chinesische Zentralregierung anerkennen.

Die Neuere Mongolei mit Rußland solidarisch.

Peking, 15. Juli.

In unterrichteten Kreisen rechnet man angesichts der Verschärfung der russisch-chinesischen Beziehungen mit der Möglichkeit, daß auch die Neuere Mongolei mit China in einen Streit verwickelt werden kann, da zwischen der Sowjetregierung und der Mongolei ein Abkommen besteht, das die mongolische Regierung verpflichtet, der Sowjetregierung militärische Hilfe zu leisten. Der russische Gesandte in Urga hat die mongolische Regierung von dem Streit mit China in Kenntnis gesetzt. Die mongolische Regierung soll geantwortet haben, daß sie den Standpunkt der Sowjetregierung hinsichtlich der chinesischen Ostbahn teile.

Die Neuere Mongolei ist ein riesiges Gebiet im Norden und Nordosten Chinas, das früher dem Chinesenreich einverleibt war, jetzt aber, im Gegensatz zur Inneren Mongolei ein selbstständiges Dasein führt. Es ist übrigens größtenteils eine Sand- und Steppenwüste, so daß die bekundete Solidarität mit Rußland weder politisch, noch militärisch nicht ins Gewicht fällt.

Japan bleibt einstweilen neutral, ist aber beifragt.

Tokio, 15. Juli. (Reuter.)

Die Regierung hat noch keine offizielle Bestätigung des von der Sowjetunion an China gerichteten Ultimatus erhalten. Man gibt aber in Regierungskreisen zu, daß man hinsichtlich einer friedlichen Regelung des Konflikts weniger optimistisch ist, als noch vorgestern. Nach Nachrichten, die japanische Reisende aus Mandchurien mitgebracht haben, sind

Truppenbewegungen und Militärzüge auf jedem Bahnhof

östlich von Karimstaja, dem Vereinigungspunkt der ostchinesischen und der Amurbahn zu bemerken. Das japanische Ministerium des Auswärtigen erklärt erneut, daß es eine strikte Neutralitätspolitik befolgen werde, obwohl es bereit sei, den Schutz der japanischen Interessen sicherzustellen und nicht gestatten werde, daß die Wirren sich südlich über Tschiangtschun ausbreiten.

Wir Kriegstreiber!

Rußland hat an China ein dreitägiges Ultimatum gerichtet. Daraus folgt, daß — der „Vorwärts“ zum Kriege gegen Sowjetrußland hegt.

Hier wurde festgestellt, daß Rußland, noch vor vier Jahren die angelehnte Macht in China, dies Kapital an Vertrauen gänzlich angeworfen hat. Daraus folgt: „Die Stompfer, Reutsky, Hüfening und Co. können gar nicht den Tag erwarten, an dem der heilige Krieg gegen den Arbeiter- und Bauernstaat beginnt.“

Alles so zu lesen in dem kommunistischen Boulevardblatt, das vor einigen Jahren noch den General Tschiang Kai-schek als den Befreier des chinesischen Proletariats bejubelte!

Hugo von Hofmannsthal tot.

Gehirnschlag beim Begräbnis des Sohnes.

Der Dichter Hugo von Hofmannsthal, dessen 23jähriger Sohn Franz sich am Sonntag in der väterlichen Villa erschossen hat, ist, wie aus Wien gemeldet wird, Montagabend plötzlich gestorben.

Der Dichter wurde auf dem Wege zum Friedhof, wo am Nachmittag das Beisetzungsgebet für seinen auf tragische Weise ums Leben gekommenen ältesten Sohn stattfinden sollte, von einem Gehirnschlag befallen. Aus der Bewußtlosigkeit, in die er versiel, ist Hugo v. Hofmannsthal nicht mehr erwacht.

Der Dichter, der so viele durch sein buntes Theater — aus vielerlei Kulturen stammend und in vielerlei Art gestaltet — entzückt hat, mußte so schwere Tragik an sich selbst erfahren.

Das Umgemeindungsgezet.

Kommunalpolitische Radikallösung im Industriegebiet.

Von Albert Grzesinski.

Am 10. Juli d. J. hat der Preussische Landtag mit 210 Stimmen der Regierungsparteien gegen 169 Stimmen der gesamten Opposition den „Gesetzentwurf über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes“ im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen.

Auf dieses „Ungemeindungsgezet“ kann man das Dichtwort anwenden: „Bewundern viel und viel gefolten ...“ Denn selten ist eine Gesetzesvorlage so stark umstritten und befehdet worden wie diese, obwohl in allen Parteien, vor allem aber unter den Bewohnern des Umgemeindungsgebietes seit Jahren dringlich die Forderung erhoben wurde, endlich eine großzügige Neufestsetzung der kommunalen Grenzen vorzunehmen, um den herrschenden unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Es ist nicht so, als ob dieses Gezet von mir, dem zuständigen preussischen Innenminister, eingebracht worden wäre aus purer Lust an Umgemeindungen oder um den Wünschen irgendeiner Großstadt nach weiterer Vergrößerung zu entsprechen. Es ist vielmehr Tatsache, daß im rheinisch-westfälischen Umgemeindungsgebiet, in dem über 6 Millionen Menschen, d. h. 16,6 Proz. der Bevölkerung des preussischen Staates wohnen, durch die riesenhafte wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte kommunal unhaltbare Verhältnisse entstanden waren.

Dieser Entwicklung dem gewaltigen Zustrom von Menschen und ihrer starken Fluktuation, der ständigen Wandlung der wirtschaftlichen Betätigungsform waren die vorhandenen Gemeindegebilde längst nicht mehr gewachsen. Sie waren nicht mehr in der Lage, den sozialen, kulturellen, ökonomischen Bedürfnissen ihrer Einwohner zu genügen. Deshalb mußte für den, der verwalten auftrifft als Dienst an der Bevölkerung, die Notwendigkeit zwingend erscheinen, hier durch eine radikale Umbildung, Zusammenfassung und Neuformung von Verwaltungsbezirken den Versuch zu machen, die Verwaltungseinheiten den Bedürfnissen des Gebietes und der Bevölkerung anzupassen. Seit Jahren ist daran gearbeitet und durch Schaffung von kleinen Vorgezeten (Gezet vom 26. Februar 1926 und 22. März 1928) das Schlimmste zu beseitigen versucht worden. Ueber diese Notwendigkeit selbst bestand auch in den Kreisen der Gegner der jetzt Gezet gewordenen Umgemeindungs-vorlage kein Zweifel. Aber obwohl der Landtag im März 1928 bei der Erledigung des Groß-Dortmund-Gesetzes vom 22. März 1928 in einer Resolution die Regierung fast einstimmig aufgefordert hatte, eine großzügige Endlösung zu betreiben, wollte doch jede Partei, ja, in jeder Partei jeder etwas anderes. Unter diesen Umständen war es von vornherein klar, daß — wie immer auch die Vorlage aussehen würde — sie auf das Festigste von allen befehdet werden würde. Dazu kam, daß selbstverständlich bei einer Neuordnung die lokalen Interessen zugunsten des Ganzen zurückgestellt werden mußten. Und es ist ja allzu bekannt, daß nichts schwieriger zu überwinden ist, als die von kirchturnpolitischer Ansicht getragenen Einwände.

So kam es denn, wie es kommen mußte. Als die Vorlage nach gründlicher, mühseliger Arbeit in ihrer ersten Gestalt der Öffentlichkeit, den beteiligten Gemeinden und Provinzen, den Parteien des Staatsrats und des Landtages vorgelegt wurde, erhob sich in außerordentlicher Festigkeit der Streit um jede Einzelheit der Vorlage. Was ist da von allen Seiten, und zwar ohne Unterschied der Partei und Konfession alles gesagt und geschrieben worden über „brutale Vergewaltigung“ der Bevölkerung, „Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes“, „Eingriff in die Selbstverwaltung“ u. s. f. Diese Einwände sind von mir nicht sehr tragisch genommen worden. Denn oft haben dieselben Städte, Gemeinden, Kreise, die sich so heftig gegen jede Berringerung ihres Besitzstandes zur Wehr setzten, zu gleicher Zeit in Denkschriften, Deputationen und Artikeln zu beweisen versucht, wie unumgänglich notwendig für sie die Einverleibung benachbarter Gebiete wäre. Man dachte im Umgemeindungsgebiet — und zwar auch hier ohne Unterschied der Partei — nach dem Grundsatz: „Ich bitte dich, heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' an!“. Und manche der Gemeinden, die sich soeben noch heftig gegen eine Eingemeindung in eine angrenzende Großstadt wehrte, war bereit, freiwillig ihre Selbstständigkeit aufzugeben wenn ihre zum Teil recht hoch geschraubten Bedingungen als Kaufpreis dafür gewährt würden.

Ich habe mich durch diesen Entrüstungssturm, der sich auch im Landtag bis zum Schluß der dritten Lesung fortsetzte, nicht beirren lassen. Das Ziel der Vorlage stand unerrückbar vor Augen: durch eine radikale Lösung die Noze dieses Gebietes für lange Zeit endgültig zu beheben. Die Zusammenballung von Hunderttausenden und Millionen von Menschen auf verhältnismäßig engem Raum war nun einmal vorhanden, die vor Jahrzehnten gezogenen Verwaltungsgrenzen längst nicht mehr den wirklichen Verhältnissen entsprechend. Alles litt und seufzte darunter. In jahrelanger, sorgfältiger Vorarbeit war der Inhalt der Umgemeindungs-

vorlage in allen in Frage kommenden Behörden, Gemeindevorständen und Sachmännern beraten und durchgesprochen. All das, was während der Landtagsverhandlungen im Ausschuss und im Plenum die Opposition von den Deutschen bis zu den Kommunisten an Einwänden vorbrachte, war in all diesen Jahren schon zum Teil besser und klüger vorgebracht und widerlegt worden. Bei diesen Beratungen war auch die Dringlichkeit der Regelung von allen Seiten hervorgehoben worden. Von einem „Eingriff in die Selbstverwaltung“ war kaum die Rede. Niemand sprach davon, daß eine Umänderung die Interessen der Bevölkerung verletzen würde. Ein Einwand übrigens, der sich selbst ad absurdum führt. Denn wie kann man von einer Beeinträchtigung der Selbstverwaltung sprechen, da doch durch diese Vorlage nur leistungsfähige und kräftige Selbstverwaltungskörper geschaffen werden. Eher liegt eine Stärkung der Selbstverwaltung vor, denn die Bevölkerung kann in den neuen Gemeindegrenzen ihre Geschäfte genau so wie sonst selbst entscheiden und bestimmen.

Trotz aller grundsätzlichen Gegnerschaft, die noch während der dritten Lesung der Vorlage im Landtag von den Rechtsparteien gegen diese Umgemeindungs Vorlage zum Ausdruck gebracht worden ist, ist die Vorlage nun Gesetz geworden. Uebrigens ist die grundsätzliche Gegnerschaft kaum sachlich zu begründen, sondern sie entspringt vielmehr der politischen Einstellung gegen die heutige preussische Regierung. Wenn Deutsche nationale und Deutsche Volkspartei durch ihre Ablehnung der Vorlage in der Schlussabstimmung die Verantwortung auch für den gesamten Inhalt glaubten ablehnen zu können, so kann das wohl nur auf ununterrichtete Eindrücke machen. Denn ihre endgültige Gestalt hat die Vorlage zum Teil erst durch die Zustimmung der Rechtsparteien erhalten, von denen einzelne Vertreter häufig sogar noch über die Vorlage hinausgehen wollten.

Der Landtag hat im Verein mit dem Ministerium des Innern ein Gesetz geschaffen, das an Umfang und Auswirkung in der preussischen Geschichte der Verwaltungs- und Umgemeindungs Gesetze einzigartig dasteht. Den riesigen Industriestädten ist nunmehr Raum und Möglichkeit zur Entwicklung gegeben, eine Menge von störenden Verwaltungsgrenzen sind geschwunden und dafür Kreise und Städte geschaffen worden, die so stark und leistungsfähig sind, daß sie den Bedürfnissen der Bevölkerung in der Kommunalarbeit durchaus entsprechen können. Das Interesse der Bewohner hat überall den Ausschlag gegeben. Es ist keineswegs ein Großstadtschmerz. Im Gegenteil! Wo die Schaffung von Großstädten zu vermeiden war, hat das Gesetz Mittelstädte geschaffen oder gelassen und hat an Stelle kleiner und nicht voll leistungsfähiger Landkreise große Landkreise entstehen lassen.

Das Umgemeindungs Gesetz beschränkt sich jedoch nicht auf die Neugliederung, sondern schafft für das ganze Staatsgebiet neues kommunales Recht, indem es in den §§ 40 bis 43 des Einführungsgesetzes entsprechend der Regierungsvorlage die Arbeitsgemeinschaften der Gemeinwesen mit gleichen Interessen; für die ganz großen Städte im Interesse verstärkter Selbstverwaltung die Dekonzentration bringt. Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Landkreise können in Zukunft kreisangehörige Städte nur durch ein Gesetz kreisfrei werden, wenn es das Allgemeinwohl erfordert. Und die Kompetenz-Kompetenz ermöglicht den Landkreisen zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben eine schnellere und bessere Zusammenfassung der Kräfte im Kreise, ohne durch eine kurzfristige oder eigensüchtige Kreisgemeinde mehr daran gehindert werden zu können.

Der heutige moderne, sozial eingestellte Staat kann auf diese geschehene Arbeit stolz sein. Das Umgemeindungs Gesetz ist zugleich auch ein Stück Verwaltungsreform im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die besonders im Interesse der dort in der Hauptsache wohnenden Arbeiterschaft liegt. Jetzt können die Städte endlich menschenwürdige Wohnanlagen für ihre Bewohner schaffen, da sie nunmehr das Siedlungs- und Verkehrsmittel können endlich großzügiger angelegt werden, damit die Werktätigen billiger und schneller von der Wohn- zur Arbeitsstätte und zu den Erholungsplätzen gelangen können. Denn es gibt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ja nicht nur Schornsteine und Ruß. Die wunderbaren Erholungsstätten an Ruhr und Wupper, das Bergische Land usw. können nur unter erheblichen Kosten an Geld und Zeit erreicht werden. Das, was der alte Obrigkeitsstaat in diesem Gebiet unterlassen und gesündigt hat, kann natürlich jetzt nicht mit einem Male gut gemacht werden. Aber nunmehr ist einer künftigen Entwicklung Raum und freier Weg gegeben.

Die allgemeinen Kommunalwahlen im Herbst d. J. werden auch der Bevölkerung dieses Gebietes die Möglichkeit geben, in den neugeschaffenen Kommunalgebieten sich ihre Vertretungen und die Selbstverwaltungskörper zu wählen. Diese Wahlen sind hier von ganz besonderer Bedeutung. Die neuen Selbstverwaltungskörper müssen das neue Haus einrichten und so behaglich wie möglich für die Bewohner gestalten. Von diesen Wahlen wird es mit abhängen, ob die Werktätigen des Industriegebietes dabei entscheidend mitreden und bestimmen können. Geschieht das, wie ich zuversichtlich erwarte und hoffe, dann werden für die kommenden Generationen Werte und Werke geschaffen werden, wie sie gerade dieses Gebiet bisher nicht kannte. Dann erst wird die arbeitende Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Bedeutung dieses Gesetzes voll erkennen!

Keine einstweiligen Verfügungen.

Wie die Telegraphen-Union von dem Rechtsvertreter Rheydis, Lüttringhausens und Barmens sowie weiterer Städte und Gemeinden erfährt, sind die Anträge der vorgezeichneten Städte auf Erlaß einstweiliger Verfügungen hinsichtlich des Umgemeindungs Gesetzes vom Staatsgerichtshof abgelehnt worden.

Einsturzkatastrophen.

Zwei amerikanische Geschäftshäuser eingestürzt.
50 Personen unter den Trümmern begraben.

New York, 15. Juli.

Wie aus Montgomery in Alabama gemeldet wird, sind dort zwei große dreistöckige Geschäftshäuser eingestürzt. Es wird vermutet, daß über 50 Personen unter den Trümmern begraben liegen.

Dynamitheke.

Soll die Attentatspest auf Pommern übergreifen?

Die unerhörte Heße der Agrardemagogen gegen den Staat und die preussische Regierung hat zu der Attentatspest in Schleswig-Holstein geführt. Es ist die Absicht der Heßer, diese Seuche auf Pommern zu übertragen. Der Stettiner „Volksbote“ berichtet:

„Am Donnerstag hat in Stralsund eine Versammlung von Landwirten stattgefunden, zu der sich die pommerschen Landbändler Redner aus Schleswig-Holstein verschieben hatten. In erster Linie hatte man sich den Rädelsführer der schleswig-holsteinischen randalierenden Bauern bestellt. Der aber konnte nicht kommen, weil er zurzeit eine gefinde Gefängnisstrafe wegen seiner Taten zu verbüßen hat. Die vorpommerschen Landwirte werden aber auch so auf ihre Rechnung gekommen sein, denn die anderen Redner aus Schleswig-Holstein konnten mindestens ebenso gut schimpfen, wie der in Aussicht genommene Führer. Was man aber mit dieser Landwirteversammlung bezwecken wollte, das sagt die „Pommersche Tagespost“.

Sie wünscht, daß es in Pommern ebenso kommen möge, wie in Schleswig-Holstein, und zu diesem Zwecke sollten die schleswig-holsteinischen Landbündelführer das pommersche Landvolk „aufstacheln“.

Daß dieses Blatt von sich aus die Aufrüstung auch schon in genügendem Maße betreibt, versteht sich am Ende von selbst. Es wird gegen „dieses System“, nämlich das republikanische, gehetzt und behauptet, dieses System lehne dem pommerschen Landvolk das Messer an die Kehle und es habe sich zum Ziel gesetzt, im letzten Ansturm auch das Eigentum zu vernichten. Den Landwirten wird gesagt, daß es jetzt um das Letzte gehe, um „unser Hab und Gut, das, soweit es uns überhaupt noch geblieben ist, in den Bann des internationalen Kapitalismus geschlagen werden soll“.

Hiergegen hätten sich die schleswig-holsteinischen Bauern aufgebäumt und zwar mit elementarer Wucht, und das gleiche müßte auch in Pommern geschehen.

Der Vorsitzende der Stralsunder Versammlung, ein Major a. D. Hildebrandt-Busseden, betonte ausdrücklich, daß es der Zweck dieser Kundgebung sei, Bundesgenossen zu werben für das, was von Holstein aus als unmittelbare Bewegung ins Werk gesetzt werden sei.

Diese deutschnationale Dynamitheke läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, welche Ziele die Agrardemagogie verfolgt, und wer hinter der Attentatspest steht!

Die Ostpreußenhilfe.

Rückzug des ostpreussischen Landwirtschaftsverbandes.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben die Antworten, die der Landwirtschaftsverband Ostpreußen auf die ihm vorgelegten Fragen erteilt hat, die preussische Staatsregierung in die Lage gesetzt, die Frage des Käuferstreiks als erledigt zu erklären. Sie haben weiter ergeben, daß die Insterburger Boykottandrohung nicht mehr besteht.

Die preussische Staatsregierung hat infolgedessen im Einvernehmen mit der Reichsregierung alle Maßnahmen getroffen, um eine Fortführung der Ostpreußenhilfe zu ermöglichen.

Die Kampagne der ostpreussischen Junker gegen die Reichs- und preussische Staatsregierung hat in letzter Zeit an Umfang nachgelassen. Aber auch heute noch wird von Haus zu Haus und in den Organen des Landwirtschaftsverbandes mit den verwerflichsten Mitteln gegen die Reichs- und preussischen Staatsbehörden gearbeitet.

Das Ziel dieser Agitation stützt sich zunächst auf die Hoffnung, daß mit Hilfe der zweifellos vorhandenen Unzufriedenheit der mittleren und kleinen Bauern für den Landbund und die Rechtsparteien neue Anhänger gewonnen werden können. Diesem Ziel sollte vor allem die Käuferstreitparole des Landwirtschaftsverbandes und der vom Kreisverband Insterburg angeordnete scharfe Boykott gegen die Landwirte dienen, die sich der Parole des Landwirtschaftsverbandes nicht fügen würden.

Das Reich und Preußen waren deshalb verpflichtet, den im Landwirtschaftsverband Ostpreußen tonangebenden Großagariern insbesondere in letzter Zeit mehr noch als bisher auf die Finger zu sehen. Früher waren diese Herrschaften unter sich. Sie konnten deshalb alle Hilfsaktionen des Staates zu ihren Gunsten ausnützen und die in die Millionen gehenden staatlichen Unterstützungen in ihre Taschen stecken lassen. Selbst bei der im vorigen Jahre eingeleiteten Umschuldungsaktion scheint ihnen das noch in großem Umfange gelungen zu sein. Man hört wenigstens die merkwürdigsten Dinge. So wurde z. B. erst kürzlich, und zwar unumwiderrprochen, mitgeteilt, daß bei der Umschuldung die Lage der Güter ganz nach Willkür so hoch festgesetzt wurde, damit gefährdete Forderungen, die bei der Zwangsversteigerung hätten ausfallen müssen, noch in aller Eile mit den neuen Krediten abgelöst werden konnten. Da Reich und Staat die Bürgschaft übernommen haben, waren sie letzten Endes die Leidtragenden.

Inzwischen hat die Politik des Landwirtschaftsverbandes zu einer eklatanten Niederlage geführt. Da Preußen erklärte, daß es angesichts der Käuferstreitparole die geplanten Hilfsmaßnahmen nicht durchführen werde, hat der Landwirtschaftsverband von dieser Aktion absehen müssen. Er wurde ebenso gezwungen, die Insterburger Boykott-erklärung zurückzunehmen. Immerhin liegt kein Anlaß vor, diesen Erfolg, so bemerkenswert er auch ist, zu übertreiben. Die Hauptarbeit wird jetzt erst beginnen. Rücksichtslos Kontrolle der Maßnahmen in Ostpreußen und scharfes Durchgreifen ist notwendig, falls die Mißstände, von denen man sich vieles erzählt, sich bewahrheiten sollten.

Stufen-Strafvollzug ab 1. Oktober.

In vollem Umfang zunächst nur in Berlin.

15. Juli 1929.

Wie wir hören, rechnet das preussische Justizministerium damit, daß der Gang der parlamentarischen Verhandlungen es gestatten werde, die Verordnung über den Strafvollzug in Stufen bereits ab 1. Oktober d. J. wirksam werden zu lassen. Jedoch soll die Verordnung zunächst nur für den Bezirk des Strafvollzugsamts in Berlin in Kraft treten. Man will hier erst einmal die praktischen Wirkungen der neuen Normen probieren und dann noch einen Zeitpunkt bestimmen, von dem ab für alle Strafvollzugsbezirke der Stufenstrafvollzug in Kraft treten soll.

Indessen sollen die Präsidenten der übrigen Strafvollzugsbezirke ermächtigt sein, schon jetzt Einzelbestimmungen aus der umfangreichen Verordnung durchzuführen. Das gilt besonders für die Trennung erheblich vorbestrafter Gefangener von wenig Vorbestrauten sowie für die der Schwerverstüßbaren, mit abnormer geistiger Beschaffenheit behafteten, von den übrigen Gefangenen. Auch soll es zulässig sein, Minderjährige in Jugendabteilungen unterzubringen und ferner zahlreiche Einzelheiten über Sonntags- spaziergänge, Bäderreisen usw. in den anderen Bezirken durchzuführen. Dagegen werden die vorgesehenen Erleichterungen in Stufe II und III über die Bekleidung, die Selbstverwaltung und die Gestaltung der Zellen erst bei vollem Inkrafttreten der Verordnung erlaubt. Indessen sollen die Strafvollzugsamts-Präsidenten sobald die Vorarbeiten für die Durchführung der Stufenverordnung in die Wege leiten, namentlich bezüglich der Persönlichkeits-Erforschung, deren Ergebnisse für die Gliederung in die vorgesehenen drei Stufen von besonderer Bedeutung ist.

Schon jetzt weist der Minister darauf hin, daß es nicht möglich sein werde, das Stufenystem der neuen Ordnung in jeder Bezirkt für sich durchzuführen. Namentlich werden Sonderanstalten für Geförderte und Ausgangsanstalten, für Gefangene, die kurz vor der Entlassung stehen, für je mehrere Bezirke gemeinsam errichtet werden müssen. Es ist beabsichtigt, nach Rahmgabe der verfügbaren Anstalten je eine Anzahl von Bezirken zu Vollzugsgemeinschaften zusammenzuschließen, wobei als Anstalten der Stufen II und III Zuchthäuser und Gefängnisse in Frage kommen, die möglichst zentral gelegen sind.

Eine Wirkung des Konkordats.

Zentrumsstadtverordneter tritt zur Sozialdemokratie über.

Trier, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Der Stadtverordnete der Zentrumspartei, Felten, ein Vertreter der katholischen Arbeitervereine, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Felten begründet seinen Schritt in einem Schreiben, den wir folgendes entnehmen:

„Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, aus der Zentrumspartei auszutreten und mich Ihrer Partei anzuschließen. Seit Jahren bin ich politisch in der Zentrumspartei und gemeinschaftlich bei den christlichen Gewerkschaften aktiv gewesen. Ich darf annehmen, daß ich nur durch diese Aktivität von der Zentrumspartei als Stadtverordneter aufgestellt und gewählt wurde. Aus meiner Erfahrung stelle ich fest, daß die Zentrumspartei mit ihren Interessengruppen den Erfordernissen der Arbeitnehmer nicht gerecht wird. Bisher haben mich religiöse Bedenken von diesem entscheidenden Schritt zurückgehalten. Diese Bedenken sind nunmehr, nach Abschluß des Konkordats in Preußen gefallen. In der Zentrumspartei und in den ihr nahestehenden christlichen Gewerkschaften wurde immer die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften betont. Aber wer wird an diese Bedingung heute noch glauben, nachdem die SPD. als stärkste Partei im Preussischen Landtag einstimmig für die Annahme des Konkordats gestimmt hat. Insbesondere darf ich feststellen, daß die Kommunalpolitik der Trierer Stadtverordnetenfraktion des Zentrums mich sowie die von mir vertretenen Wähler nicht befriedigen konnte. Ganz allgemein steht fest, daß von 20 Stadtverordneten des Zentrums nur drei Arbeitnehmer-Stadtverordnete sind, die, falls sie wirklich ernste Arbeit leisten wollten, bei jeder Gelegenheit in den hinteren Grund gedrängt wurden. Ich darf hierbei gleichzeitig feststellen, daß auch viele meiner Kollegen aus Unzufriedenheit entweder in das sozialdemokratische Lager abgewandert oder indifferent geworden sind. Diese Entwicklung hat auch in mir den Entschluß reifen lassen, mit meinem Mandat zu Ihrer sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion überzutreten.“

Die Jugend-Internationale.

Sitzung der Exekutive vor dem Kongress.

Wien, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Die Festtage der internationalen Arbeiterjugend sind ohne Zwischenfall verlaufen. Die Mehrzahl der Teilnehmer ist bereits wieder auf der Rückkehr in die Heimat. Ein kleiner Teil der Festteilnehmer benutzt seine Ferientage zu Wanderungen und Ausflügen in die Wiener Umgebung.

Am Montag traf das Bureau und die Exekutive der Jugend-Internationale die Vorbereitungen zu dem am Dienstag beginnenden Verhandlungen des Internationalen Jugendkongresses. Auf diesem Kongress werden folgende Länder vertreten sein: Belgien (5 Stimmen), Bulgarien (1), Dänemark (3), Dänzig (2), Deutschland (20), Deutschösterreich (18), Estland (1), Finnland (3), Frankreich (2), Georgien (1), Großbritannien (2), Holland (4), Italien (2), Jugoslawien (2), Lettland (1), Nordamerika (2), Polen (3), Deutsche sozialdemokratische Jugend Polens (1), Rußland — Verband der sozialdemokratischen Arbeiterjugend — (2), Schweiz — (15), Schweiz (1), Tschechoslowakei (4), Sozialdemokratischer Jugendverband für die Deutschen in der Tschechoslowakei (6), Holländischer Jugendverband in der Tschechoslowakei (1), Ungarn (2). Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist vertreten durch Crispian, Berlin, der Internationale Gewerkschafts-Verband durch Eltrine, London. Die sozialistische Sportinternationale hat Deutsch-Wien als Vertreter bestimmt. Für die Kongressverhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Am Montagnachmittag 6 Uhr hatte der Bürgermeister der Stadt Wien, Selb, die Führer der Jugend-Internationale in den großen Festsaal des Wiener Rathauses zu einer gemächlichen Zusammenkunft eingeladen. Gleichzeitig waren die Führer der österreichischen Sozialdemokratie und zahlreiche Mitglieder des österreichischen Reichsrats erschienen.

Hafenkreuzrüpel. Am Sonntag abend betrogen sich Nationalsozialisten in einem großen Frankfurter Ausflugslokal anderen Gästen gegenüber derart rüpelhaft, daß das Ueberfallkommando herbeigerufen werden mußte. Die Nationalsozialisten wurden festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Das von ihnen mitgeführte Auto wurde in der Polizeiankunft sichergestellt.

Delbrück und der Zahlenschwindel.

Die Enttarnung der Geschichtslüge.

Zu den besonderen Verdiensten des verstorbenen Geschichtsforschers Delbrück zählt es, daß er die seit Jahrtausenden und Jahrhunderten überlieferten Zahlenangaben der Historiker des Altertums und des Mittelalters kritisch geprüft und auf ihr richtiges Maß zurückgeführt hat. Dabei ist er, auf Grund logischer Berechnungen, zu den überraschendsten Ergebnissen gelangt. Die Millionenheere, mit denen die Perserkönige Darius und Xerxes das freie Griechenland überflutet haben sollen, haben nie existiert. Wäre das Heer des Xerxes, wie die griechische Überlieferung (sogar auf Grund eines besonderen Zählverfahrens) behauptet, wirklich 1 1/2 Millionen Mann stark gewesen, so müßte — Delbrück hat dies an den Zahlen der preussischen Armee nachgerechnet — der letzte persische Soldat gerade aus der Hauptstadt Susa ausgerückt sein, als die Spitze des Heeres die Schlacht von Plataea schlug!

Delbrück hat erkannt, daß die Griechen zahlenmäßig stärker waren als die Perser! Ebenso haben die von den römischen Schriftstellern genannten Millionenheere der Gallier und Germanen niemals existiert. Ein germanischer Stamm auf der Wanderung (Völkerwanderung) kann nicht mehr als 10 000 bis 20 000 Köpfe gezählt haben. Die Ritterheere des Mittelalters, mit dem Karl der Große und seine Nachfolger ihre Schlachten schlugen, waren nicht stärker als 5000 bis 6000 Mann. Eine größere Stärke wäre schon an der Frage der Verproviantierung von Menschen und Pferden bei den damaligen Wirtschaftsverhältnissen gescheitert. Die Sucht, durch Angabe phantastischer Feindeszahlen den eigenen Sieg möglichst strahlend erscheinen zu lassen, ist während der ganzen geschichtlichen Frühzeit ebenso verbreitet gewesen wie auf der anderen Seite die Kritiklosigkeit, mit der solche Zahlen hingenommen wurden.

Die Berechnungen, die Delbrück in seiner überbändigen „Geschichte der Kriegskunst“ über die wirkliche Stärke der alten und mittelalterlichen Heere anstellt, sind überraschend, aber voll beweiskräftig. Trotzdem kann man immer wieder erleben, daß Geschichtsbücher, selbst für höhere Lehranstalten, die alten Zahlenphantasien des Herodot, des Cäsar und der mittelalterlichen Chronisten stumpfsinnig nachbeten. Woraus man sieht, daß Geschichtslügen unendlich zahlreich sind!

England und Rußland.

Moskau soll einen Unterhändler nach London entsenden.

London, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson teilte im Unterhaus mit, daß die Sowjetregierung hinsichtlich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu England bisher in London keine Schritte unternommen hätte. Die britische Regierung habe die russische Regierung inzwischen jedoch durch Vermittlung der norwegischen Regierung bitten lassen, einen Vertreter nach London zu schicken, der mit der britischen Regierung die besten Methoden für eine Regelung der noch vor Aufnahme der normalen Beziehungen zu erledigenden Fragen besprechen soll.

Macdonald erklärte, daß ein Beschluß der Regierung über die Frage der Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen nicht gefaßt werden würde, bevor das Haus Gelegenheit gehabt habe, die Frage zu erörtern.

König von England abermals operiert.

Rippenteile entfernt.

London, 15. Juli.

Der König hat sich heute vormittag einer neuen Operation unterzogen, bei der, dem ärztlichen Befehl zufolge, Teile von zwei Rippen entfernt wurden, um eine direkte Behandlung und Drainage des Abszesses in der rechten Brustseite zu ermöglichen, der einen Durchmesser von einem Zoll hat. Bei der Operation waren sieben Kräfte zugegen. Der Zustand des Königs wird als zufriedenstellend bezeichnet.

Keine weiteren Todesurteile in Litauen.

Erfolg eines Briefes Macdonalds an Woldemaras.

Komno, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Im Zusammenhang mit dem im Mai verübten Attentat auf den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras wurden besonders in den Kreisen der Studenten zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Mitglieder der sozial-revolutionären Gruppe unter der Studentenschaft wurden restlos gefangen. Von ihnen ist der Student Kossilius als aktiver Teilnehmer an dem Attentat kürzlich erschossen worden. Der Vater eines anderen Studenten, der nach dem Attentat geflüchtet ist, wurde in das Konzentrationslager von Warschau verschickt. Im Gefängnis verblieben 14 Studenten. Mehrere drohte die Todesstrafe. Der Prozeß gegen sie wurde jedoch wider Erwarten vom Kriegsgericht immer wieder verschoben.

Das hing nach unseren Informationen mit einem persönlichen Brief Macdonalds an Woldemaras zusammen. Darin warnt Macdonald den litauischen Ministerpräsidenten vor standgerichtlichen Todesurteilen und der Anwendung politischer Repressalien. Auf Grund dieser Warnung wurden die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht zunächst wiederholt verschoben. Erst dieser Tage ist die erste Gruppe der Angeklagten abgeurteilt worden. Der Student Kossilius erhielt lebenslängliches Zuchthaus, die anderen drei wurden zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Die Aburteilung der übrigen Gruppen steht in den nächsten Tagen bevor. Auch ihnen stehen im Gegensatz zu der Prozedur des Kriegsgerichts Verteidiger zur Verfügung; außerdem ist die Vernehmung von Entlastungszeugen zugelassen.

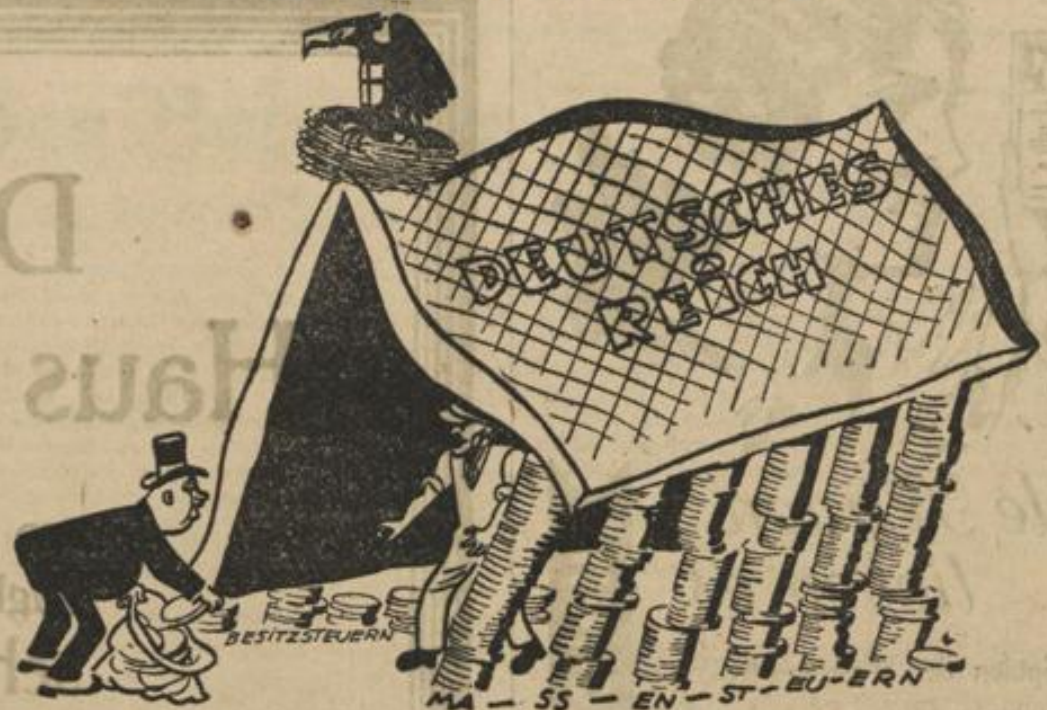
Trotz Faschismus neues Parteiorgan in Litauen.

Komno, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Einigen entschlossenen Sozialisten in Litauens Hauptstadt ist es gelungen, trotz der Verfolgungen durch die Woldemaras-Regierung ein neues sozialistisches Organ ins Leben zu rufen: „Darbo Bata“ („Die Arbeitstimme“). Das Blatt erscheint einmal wöchentlich und wird von den Sozialisten Kairis, Burenienis, Biestis und Augustinawicius herausgegeben. Unter dem Druck der Zensur muß es sich zumeist darauf beschränken, Berichte aus der sozialistischen Bewegung des Kuslandes zu bringen. Ueber Litauen selbst findet man wenig darin, denn da ist „alles in Ordnung“!

Einspruch Kanadas gegen den Zolltarif der USA. Der kanadische Gesandte in Washington hat beim Staatsdepartement gegen die geplante Erhöhung der Zölle auf Bauholz, Vieh und andere Erzeugnisse Einspruch erhoben.

Die Lastenverteilung.



Der Arbeiter: „Aber Sie tragen ja auf Ihrer Seite alle Säulen ab!“
Der Kapitalist: „Das tut nichts. Wenn das Dach auch etwas schief steht, deswegen stürzt es doch nicht ein!“

Reichstagsübertragung durch Rundfunk?

Ein Wort an die Parlamente.

Ministerialrat Hans Goslar, der Leiter der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums, nimmt in der nächsten Nummer der Zeitschrift „Die Sendung“ (Verlag Redendors) zu diesem Problem Stellung. Wir geben einen Auszug aus seinem Aufsatz wieder.

Ueber das Formelle und im Augenblick praktisch Durchführbare hinaus, muß einmal das wirklich Grundtägliche hier zur Debatte gestellt werden. Zunächst einmal sind nach der Reichsverfassung Artikel 29 die Reichstagsvollsitzungen öffentlich. Die Tribünen sind der — sich in den Grenzen der ausnahmsbaren Räumlichkeit haltende — Ausdruck für diese Öffentlichkeit. Die Presseempore, von der die telephonischen Berichte über die Sitzungen ins ganze Land und in das Ausland hinausgehen, ist die sozusagen ins Europäische und darüber hinaus über den gesamten Stabusbereich erweiterte Öffentlichkeit.

Der Rundfunk stellt daher das Parlament nicht etwa prinzipiell, sondern nur technisch vor eine neue Situation.

Vom Standpunkt der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit aus und noch mehr von dem der Parlamentsideologie aus werden Reichstag und deutsche Länderparlamente keine Schwierigkeiten machen können.

Eine andere Frage ist, ob die durch Reichsratsrichtlinien und Konzessionsbedingungen dem deutschen Rundfunk auferlegte Ausschaltung aller Parteipolitik der Übertragung hindernd im Wege stehen könnte. Das wäre doch nur dann möglich, wenn nach Belieben nur ein Ausschnitt aus einer Sitzung gegeben und wenn von der vollständigen Übertragung einer Debatte Abstand genommen würde. Können alle Parteien im Laufe der Debatte zum Wort, so werden sie gewiß — und das wird je nachdem das Recht der einen und das Glück der anderen sein — nicht alle zu Zeiten gehört werden, in denen die Masse der erwerbsfähigen Rundfunkhörer am Apparat sitzen kann. Aber das gleiche würde ja auch Geltung haben, wenn die Tribünen im Reichstag selbst nicht nur für ein paar Hundert, sondern Zehntausenden Raum böten; es kann das also keine Rolle bei der Beurteilung spielen.

Das Wesentliche ist und bleibt, um das überparteiliche Gesamtbild herzustellen, das den Aufgaben und Arbeitsbedingungen des Rundfunks entspricht.

die unretulierte, getreue Wiedergabe einer Aussprache von Anfang an.

— sagen wir einmal: Regierungs- oder Parteieninitiativtag, beziehungsweise große Anfrage, Reden der Parteien in erster und eventuell auch zweiter Garnitur und Schlusswort der Regierung. Schon diese Forderung zeigt aber die eminenten technischen Schwierigkeiten. Debatten über Dinge von minder großer Bedeutung für weite Volkskreise wird man nicht übertragen. Große Debatten aber von allgemeinerem Interesse über brennende Tagesfragen werden eben — in erster und zweiter Rednergarnitur — zumeist nicht nur einen nollen, sondern zwei Sitzungstage beanspruchen. Und jeder Versuch, die Übertragung früher abzubrechen, würde auf den verständlichen Widerspruch der Parteien stoßen, die glauben, mit ihrem Standpunkt noch nicht genügend zur Geltung gekommen zu sein und noch im weiteren Verlauf der Debatte Wesentliches sagen zu müssen.

Die Übertragung „großer“ Parlamentsdebatten käme demzufolge nur in Frage, wenn der Berliner Sender sich entschließen könnte, einige Male im Jahre bei entsprechenden Gelegenheiten einen oder zwei ganze Sendetage von etwa 10 Uhr morgens bis in den Spätnachmittag oder gar Abend hinein zu reservieren.

Diese Forderung aber stellt durchaus nichts Ungeheuerliches dar; sie läge nur im Interesse der sehr notwendigen Maßnahmen zur staatsbürgerlichen Interessierung des Volkes.

Eine scheinbar komplizierte Frage ist aber die, ob, wie im Falle der Rede Dr. Stresemanns, der Widerstand des Reichstagsrats verständlich ist, wenn lediglich eine Ministerrede, nicht aber eine Debatte übertragen werden soll. Zunächst: eine Rede des Außenministers zu den das Leben der Gesamtheit betreffenden großen Fragen der Außenpolitik ist keine Parteired. Sie müßte dem ganzen Volke zur Meinungsbildung beifähig gegeben werden — in Frankreich werden solche Reden durch Umschlag im Lande verbreitet —, damit die Diskussion darüber einsehen kann und damit die Regierung ihren Standpunkt, den sie doch praktisch — mit der ganzen Verantwortung für Geschehen oder Nichtgeschehen befaßt — gegenüber dem Ausland vertreten muß.

auch an das eigene Volk heranzubringen kann. Schon bei Begründung des Rundfunks ist in die Reichsratsrichtlinien ein Passus eingeschaltet worden, der der Reichsregierung und den Regierungen der Länder die Berechtigung zuerkennt, Nachrichten, denen sie Bedeutung beimessen und auf deren weitestgehende Publizität sie demgemäß Wert legen müssen, als sogenannte „Auslagenachrichten“ ohne Befragen der Überwachungsbehörde durch alle (Reichs-)regierungen, respektive (Länder-)regierungen durch die auf ihrem Territorium lebenden Sender auszugeben. Der Passus lautet:

„Die von der Nachrichtenstelle als „Auslagenachrichten“ bezeichneten Nachrichten müssen unverzüglich, unverfälscht und unverändert verbreitet werden.“

Und in der Erklärung heißt es dazu, daß Reich und Länder darüber einig sind, daß als Auslagenachrichten und Vorträge nur „amtliche“ Nachrichten und Vorträge in Frage kommen.

Slanggemäß und von kleinlich-bureaucratischer Betrachtungsweise freie Auslegung muß dahin führen, anzuerkennen, daß nicht nur Nachrichten und Vorträge, sondern auch anken- und innenpolitische Erklärungen von besonderer Wichtigkeit, die an das ganze Volk herankommen sollen, zweifellos jederzeit durch die Reichsregierung — sei es im Reichstag oder sonst — vor dem Rundfunk abgegeben werden können.

Das gleiche gilt dann sinngemäß für die Länderregierungen. Schon die Möglichkeit, daß einmal ein Außenminister, der die Fernwirkung seiner Rede im Reichstag auf das eigene Volk bei einer nicht immer ausreichenden Presseberichterstattung nicht für wirksam genug hält, dazu übergehen könnte, nicht nur im Parlament — dem er Rechenschaft schuldet, und von dem er das Vertrauen für seine Politik notiert erhalten muß — zu sprechen, sondern seine Politik darüber hinaus auch vor dem Rundfunk und damit vor Millionen Hörern zu vertreten, dürfte dem Parlament zu denken geben. Will es nach wie vor die einzige legitime Stelle sein, vor der über die Schicksalsfragen der Nation autoritativ gesprochen wird, dann darf es sich nicht länger gegen die Einführung von Rundfunkübertragungen der Reden führenden Regierungsvorträge und ganzer Parlamentsdebatten sträuben und muß auch Energie genug besitzen, um Obstruktion aus den eigenen Reihen, die die Würde des Parlaments bei Übertragung der Debatten in den Augen des Volkes beeinträchtigen könnte, zu unterdrücken.

1929 oder 1829.

Lehnsherrliche Genehmigung.

In der „Kreuz-Zeitung“ wird ein „Aufgebot“ des Justizministeriums in Mecklenburg-Schwerin veröffentlicht, das so beginnt: „Nachdem der Gutsbesitzer von der Lüge zu Stormdorf mit lehnsherrlicher Genehmigung sein Lehnsgut verkauft hat...“

Es bleibt in Mecklenburg-Schwerin noch allerlei zu tun, um das dortige Mittelalter endgültig zu beseitigen.

Ein Opfer Büngers.

Seine Tragödie in Sachsen.

Man schreibt uns aus Dresden: Als Herr Bünger mit Schmerzen an der Zusammenstellung seines Kabinetts arbeitete, lenkte die Rechte seine Blicke auf Herrn Schreiber, den Führer der Landvolkspartei. Herr Schreiber war tiefinnerlich beglückt.

Wiere lang kam er zum Schützenfest nach Meissen gefahren. Bei frühlichem Bankett löste der Wein die Zunge. Unter lärmendem Jubel seiner Freunde stellte er sich vor: der toeben ernannte neue sächsische Wirtschaftsminister.

Das Glück währte nicht lange. Herr Bünger nahm einen anderen.

Gründend zog sich Herr Schreiber zurück. Er vermochte nicht, Herrn Bünger das Vertrauen auszusprechen, bei der entscheidenden Abstimmung über das Mißtrauensvotum im Sächsischen Landtag verließ er den Saal.

Der Wurm kroch ihm am Herzen: so legte er die Führung des Landvolks nieder und trat zu den Deutschnationalen über. Und nun meldet der Telemun-Sachsendienst, daß er ernstlich krank sei.

Er hat in Meissen die Bonnen des Ruhms genossen, und kann sich nicht zurückfinden in die dunkle, ruhmlose Existenz eines sächsischen Abgeordneten. Ein Opfer Büngers!

Mit 12 Motoren über den Bodensee
Jungfernflug der „Do X“. — Glänzender Verlauf des ersten Fluges.

Korschach, 15. Juli.

Am gestrigen Montag nachmittags um 3 Uhr ist die „Do X“, nach den Probeflügen des Vormittags mit einem Fluggewicht von fast 37 Tonnen zum erstenmal zu einem größeren Probeflug über den Bodensee gestartet.

Der erste Eindruck beim Betreten der Werkstätte war einfach verblüffend. Man schwebte ob des Kolosses, der seine 48metrigen Spannweite-Flügel wie unerhörte wuchtige Dächer über das kleine Häuflein Menschen breitete.

Der Lärm der Motore.

Mag sein, daß der erste Eindruck beim Eintritt in den Unterfunkraum deprimierend wirkt durch Lichtmangel hinsichtlich der viel zu kleinen Bullaugen, sicher ist es nicht sehr einladend, in solcher düsteren Gruft zu fliegen!

Do X oder Zeppelin?

Von unserem nach Altona entsandten Sonderberichterstatter

Zwei gewaltige Luftriesen fliegen nunmehr am Bodenseufer, der Zeppelin an bekannter Stätte, „Do X“ drüben am Schweizer Ufer bei Korschach in der Dornierwerft Altona.

Stellen wir also gleich an den Beginn der Schilderung die begründete Behauptung, daß wir verkehrsmäßig usw. noch in den ersten oder zweiten Kinderschuhen stehen.

Wo bleibt das Volksflugzeug?

Als Reifeinsparung wird Do X sicher in Amerika zuerst in Aufnahme kommen; man interessiert sich für dies technische Wunderwerk, das auch ingenieurmäßig sicher eine Großtat ist.

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

Als er halbwegs den Pfad hinuntergeschritten war, kam er zu dem Erdrutsch. Es war nichts von Bedeutung, nur ein paar Tonnen Erde und zusammengestürztes Gestein.

„Das müssen wir uns doch mal näher ansehen!“ sagte er laut.

Sein Blick wanderte über die steile Oberfläche des Bruches. Hier und dort standen kleine, schwankende Mangantabülche mit verschlungenen Wurzeln.

„Ein richtiger Quarzgang, so wahr ich lebe!“ rief er leise aus.

Und wie vorher die alten Jagdinstinkte in dem Wolfs- hund erwacht waren, so kehrte in ihm jetzt die alte, brennende Gier nach dem Golde zurück.

und begann von neuem mit Hacke und Schaufel drauflos zu arbeiten. Und als er diesmal die Erde von einem Felsblock geschabt und ihn unterjucht hatte, richtete er sich plötzlich auf und schnappte vor Freude nach Luft.

„Von den Graswurzeln abwärts“, murmelte er mit Ehrfurcht in der Stimme, während er die Art in die weiche Oberfläche trieb.

Er schien ein anderer Mensch geworden. Die größte Menge Coctail hätte nicht diese Flamme in seinen Augen entzündet, nicht seine Wangen mit solcher Blut färben können.

Zuweilen verurteilte er kleine Erdrutsche, die seine Arbeit wieder zunichte machten und ihn zwangen, die Erde wegzugraben. Einmal wurde er fünfzig Fuß tief bis auf den Boden des Canjons mitgerissen.

Er arbeitete weiter in derselben wahnsinnigen Eile, bis Ermattung und unerträgliche Rückenschmerzen ihn zum Aufhören zwangen.

neben der so angepriesenen Sicherheit der Verkehrsmaschinen Behaglichkeit und Volkstümlichkeit. Ich denke mir, daß dies Reisen mit solchem kostspieligen Apparat weiter und wieder Sache der obersten Tausend bleibt.

Wir haben den Großkampf zwischen Do X und Zeppelin vor uns. Wer wird siegen? Oder wird es wie immer im Leben so sein und werden, daß sie sich ergänzen, im trauten Verein mit der Schifffahrt und den Schnellbahnen der Welt zur Bezwingung der Welträume?

Schneidemühl Nordfall aufgeklärt. Schnelle Arbeit der Berliner Kriminalpolizei.

Schneidemühl, 15. Juli.

In der Mordsache Lask hat der Haupttäter Baginski ein Geständnis abgelegt und zugegeben, die Tat mit noch einem weiteren Mann begangen zu haben.

Bekanntlich verschwand am 25. April d. J. der Chemnitzer Viehhändler Friedrich Lask nach seiner Ankunft in Schneidemühl. Einige Tage später wurden zwei Viehhändler aus Ostpreußen, Baginski und Libuda, in Krojante verhaftet.

Programmänderung im Rundfunk. Wie die Funk-Stunde in Berlin mitteilt, fällt die in ihrem Programm für Dienstag, dem 16. Juli, vorgesehene Uebersetzung der Oper „André Chenier“ aus der Staatsoper Unter den Linden, wegen Erkrankung aus.

dagestanden hatte, war der Schweiß ihm von der Stirn auf die Erde getropft, jetzt lief er ihm in die Augen und blendete ihn. Er wischte ihn mit dem Handrücken ab und machte sich von neuem an die Untersuchung des Goldes.

„Komm, put, put, put, put! Komm, put, put, put!“ Er war erstaunt, wieviel Zeit vergangen war. Sie hatte die Beranda verlassen und fütterte jetzt die Kühen, ehe sie das Abendessen bereite.

(Schluß folgt.)

Am Zuchthaus vorbei.

Wachtmeister F. und das Gefangenen-Sexualproblem.

Der Gefängniswachtmeister F. ist auch unseren Lesern ein alter Bekannter. Zu frühlich-fröhlicher Berühmtheit gelangte er, als er eines Tages unter Altpapier im Strafgefängnis Teget Uferschiffen des Großen Kurfürsten, Friedrichs II., Kaiser Wilhelms I., Bismarcks und anderer mehr entdeckte, diese vor dem Einstampfen rettete, ein ganzes Bündel Alfen beim Altpapierhändler erwarb und sich auf diese Weise eine Diebstahlsanklage zuzog.

Der leidenschaftliche Autogrammsammler erntete den schönsten Dank, wurde in der ersten Instanz verurteilt, um in der nächsten freigesprochen zu werden und hinterher sein Eigentumsrecht auf die Autogramme geltend zu machen. Gefängniswachtmeister F. war auch sonst ein selbständiger Kopf. So versuchte er sich zum Beispiel in der Lösung des aktuellen Problems der Gefangenen-Sexualität. Als er eines Tages nämlich den Gefangenen L. in die Stadt begleitete, gewährte er diesem nicht nur eine Kneiptour, sondern auch einen Besuch bei der Ehefrau. Und während sich L. für eine Nacht in das eheliche Schloßgemach zurückzog, schnappte der Gefängniswachtmeister seinen Kausch im Speisezimmer aus. In Wirklichkeit will er nur zum Schein geschwärzt haben und ganz Ohr gewesen sein, in der Befürchtung, sein Schutzbefehlener könnte ihm entrinnen. Seinen Vorgesetzten erzählte er, daß L. entwichen sei und er ihn erst nach langem Suchen wiedergefunden habe. Die Folge war für L. eine Arreststrafe von sieben Tagen. Sein undankbares Weib verriet aber das Geheimnis jener Nacht. F. war gefänglich, wurde vom Dienst suspendiert, und eine Gefangenenbefreiungsanklage gegen ihn kam ins Rollen.

Jetzt geschah das Unerwartete. Unmittelbar vor der Verhandlung machte der Gefangene L. dem Gefängnisleiter die Mitteilung, F. habe seine Frau überredet, in der Hauptverhandlung ihre Aussage zurückzunehmen und ihn zu entlasten; man möge sie um Himmelswillen vor einem Meineid schützen. Er sagte noch mehr: F. habe mit ihm verabredet, dem Gefängnisleiter eine Anklage wegen Verleitung zum Meineid anzuhängen; dieser sollte versucht haben, L. unter dem Versprechen eines Strafurlaubs zu einer falschen Aussage zu verleiten. Die Gerichtsverhandlung fand statt, Frau L. hielt ihre Aussage aufrecht, F. war gefänglich und wurde zu

200 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Mitteilungen des Gefangenen L. führten aber gegen F. zu einer Anklage wegen Verleitung zum Meineid. Das Gericht schenkte dem vielfach Vorbestraften Glauben und verurteilte F. zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus. Sollte man es aber für möglich halten, daß ein Gefängniswachtmeister, der 19 Jahre Dienst hinter sich hat, sich der Gefahr einer Verleitung zum Meineid aussetzt, nur um einer Anklage wegen Gefangenenbefreiung zu entgehen? Und hätte er sich nicht sagen müssen, daß ein Gefangener wie L. nicht dicht halten würde? Sah die ganze Sache nicht eher einem Phantasieprodukt der Gefängniszelle als der Intrige eines erfahrenen Gefängnisbeamten ähnlich? Das waren die Argumente des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Hildebrandt in der Berufungsinstanz. Und das waren die Ueberlegungen des Gerichts, das zu einem freisprechenden Urteil gelangte. Der Autogrammsammler F. hätte beinahe ein schlimmes Ende genommen. Er wird sich in Zukunft wohl hüten, das Sexualproblem der Gefangenen auf eigene Faust lösen zu wollen. Vielleicht erlebt er es aber noch, daß Tages- und Nachturlaube aus dem Gefängnis zur Regel werden. Den Gefängniswachtmeister F. wird man aber schwerlich zum Bahnbrecher auf diesem Gebiete erheben.

Ein Mädchenschänder verurteilt.

Cleve, 15. Juli. (Eigenbericht.)

Das erweiterte Schöffengericht in Cleve verurteilte den 32 Jahre alten Lehrer Leonard K. von der katholischen Volksschule in Emmerich wegen zahlreicher unzüchtiger Handlungen, die er an seinen Schülerinnen begangen hatte, zu zwei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte bestritt alle ihm zur Last gelegten Taten und verwarf die Zeugenaussagen als Raschalle dazustellen. Er wurde jedoch nicht nur von jungen Mädchen, sondern auch von mehreren Frauen, die vor über zehn Jahren von ihm unterrichtet wurden, unter Eid so schwer belastet, daß das Gericht ihn wegen schwerer Sittlichkeitsvergehen nach der Urteilsverkündung sofort verhaften ließ. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Gefängnis beantragt.

Die Kranken den Staub der Straße schlucken. Der Sportplatz, in dem Turnvater Bahn einst seine ersten Freiübungen vornahm, bietet den Schnellläufern und Fußballern jetzt einen um fünfzig bis sechzig Quadratmeter verkleinerten Tummelplatz als bisher.

Die Verkehrsgezwungen werden sagen: es mußte sein. Aber es mußte nicht sein und unter keinen Umständen mußte es mitten im Sommer sein. Hätte man die Straßenbahn gelassen, wo sie vor der Errichtung der Untergrundbahn war, dann hätte die Hasenheide auch einem verstärkten Verkehrsbedürfnis genügt. Als Einbahnstraße reichen ihre Abmessungen auch heute vollkommen aus. Als Hauptader für den Verkehr von und nach Reutköll ist ja die parallel laufende Urbanstraße da. Nicht jeder Berliner Baum ist ein unantastbares Heiligtum, und die Notwendigkeiten des Verkehrs fordern durchaus ihr Recht. Aber die Hasenheide sollte Naturschutzgebiet sein! Diese grüne Zustucht aller Erholungsbedürftigen sollte die Pietät mit Stachelndrähten umgäumen: kein Zutritt für Baumrevolver!

Schupo als Kinderschreck.

Freunde und Helfer des Volkes stellt man sich anders vor.

Aus Vortragsreisen im Norden Berlins gehen uns die folgenden Ausführungen über einen Wochell zu der nicht nur im ersten Bedenken Anlaß gibt, sondern im letzten Haus am Altmarkt auch zu ernstem Nachdenken Anlaß geben sollte, und dracrigues in Zukunft ein für allemal unmöglich gemacht wird.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend veranstaltete am Donnerstag, dem 11. Juli 1929 im „Kleinen Seepavillon“ am Tegeler See ein genossenschaftliches Kaffeetochten, das neben den Erwachsenen auch von etwa 200 Kindern besucht war. Dieser in schönster Harmonie verlaufene Nachmittag hätte um ein Haar durch die Schuld zweier Schuporeiter mit einer Panik unter den Kindern gerendet, wenn nicht im letzten Augenblick durch die besonnenen Ueberlicht mehrerer Funktionäre das Unglück verhütet worden wäre.

Die Konsum-Genossenschaft hatte die Kleinsten vor dem Lokal aufstellen lassen, um ihnen Lampions auszubändigen. Die große Mehrzahl war bereits abgefertigt, nur noch etwa 60 Kinder warteten, als plötzlich gegen 18.45 Uhr zwei Schuporeiter vom Tegeler Walde her kommend in forschem Tempo in die Kinderabteilung hineintritten, die Pferde drehten und die Kinder mit samt den begleitenden Müttern gegen den Heckenzaun drückten. Ein einziger gellender Schrei aus hundert Kehlen, der sich bei einigen ganz Kleinen beinahe zu Weinkrämpfen steigerte, war die Folge, als die großen Pferdewalpe nur zentimeterweit von ihren Augen hin und her tanzten. Erst nach einer geräumigen Weile und durch geradezu stehende Bitten gelang es den Funktionären, die sich geistesgegenwärtig zwischen die Pferde und die Kinder geschoben hatten, die lächelnden Schupobeamten davon zu überzeugen, daß die zum Teil noch nicht dreijährigen Kinder keinen Angriff auf die Staatsmacht im Sinne hätten. Als Grund für ihr „forsches“ Vorgehen gaben die beiden Beamten schließlich an, daß ihnen der Durchgang am Zuge entlang nicht breit genug sei. Zwar waren die wenigen Spaziergänger an dieser Stelle (etwa 20 bis 25 m lang) in schönster Ordnung und ohne jede Störung und Aufregung vorbeigegangen und hatten sich mit den frohen Kindern mitgeteilt, aber die Beamten hatten es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, „Ordnung schaffen“ zu wollen. Dabei hätte ein einziges humorvolles Wort mehr als genügt, jeden gewünschten Durchgang breiter zu lassen. Was wäre geschehen, wenn nicht die Funktionäre so besonnen und veranimatorisch geblieben wären. Was wäre passiert, wenn Kinder unter die Pferdewalpe geraten wären. Ist es nicht traurig, daß „Schuh“-Polizisten zugerufen werden mußte: „Liebe Freunde, nehmen Sie doch endlich Vernunft an, damit kein Unglück entsteht!“

Unsere besten Bemühungen, für die Polizei Verständnis in weitesten Volkskreisen zu wecken, werden durch solche Vorkommnisse immer wieder gehemmt und zerstört. Deshalb erwarten wir, daß diese beiden Beamten ganz nachdrücklich darüber belehrt werden, wie schädlich und ungeeignet ihr Verhalten gewesen ist.

Um die Geliebte zu schonen.

Geschichte einer Schweigepflicht.

Das Schöffengericht Köpenick verhandelte dieser Tage gegen den 22jährigen Studenten B. aus K., der der schweren Urkundenfälschung angeklagt war. Der Prozeß entwickelte sich zu einem rätselhaften Kriminalfall, dessen Geheimnis erst nach der Verhandlung gelüftet wurde.

Die Verhandlung wickelte sich wie folgt ab: Richter: „Sie geben also Ihre Verhehlung zu?“ — Angeklagter: „Ja, Herr Richter, ich gebe zu, den Poststempel auf dem Postanmeldungsabschnitt gefälscht zu haben.“ — Richter: „Und wie kamen Sie dazu?“ — Angeklagter: „Ich mußte an meine Korporation 45 Mark rückständige Beiträge zahlen. Der Ausschuß aus der Korporation wurde mir mehrmals angedroht. Ich besaß das Geld nicht und wollte andererseits nicht meine Eltern und — und — andere unglücklich machen. Deshalb fertigte ich die Postquittung über 45 M. mit dem Poststempel an und legte sie vor, als ich vom Kassier der Korporation wurde mir gemahnt und bedroht wurde.“ — Richter: „Ist Ihnen denn nicht klar gewesen, daß Sie dadurch den Kassier oder einen Postbeamten der Unterschlagung des Geldes verdächtigten?“ — Angeklagter: „Das hatte ich nicht bedacht. Ich wollte mich nur vor der Schande des Ausgeschlossenseins bewahren.“ — Richter: „Sie hätten sich doch das Geld auf andere Weise beschaffen können. Jetzt droht Ihnen Gefängnis!“ — Angeklagter: „Ich besitze leider niemanden, der eingesprungen wäre. Mein Geld reicht kaum für die Studien.“ Das Gericht betrachtete den auf dem Tische liegenden Postabschnitt. Der Poststempel steht einem echten Stempel täuschend ähnlich.

Staatsanwalt: „Hier liegt eine ganz raffinierte und dreiste Fälschung vor, begangen von einem jungen, gebildeten Menschen, von einem Studenten des Rechts. Diese gemeine Tat beansprucht die volle Härte des Gesetzes. Ich beantrage sechs Monate Gefängnis.“

Richter: Angeklagter, Sie haben das letzte Wort. Sie stehen mit einem Bein im Gefängnis. Sprechen Sie die Wahrheit. Haben Sie den Stempel gefälscht?“ — Angeklagter (leichenblau): „Ja, ich habe den Stempel gefälscht.“

Der Student wird zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Vor dem Eingang zum Gerichtsgebäude wird der soeben Verurteilte von einer schluchzenden jungen Dame empfangen. Dankbar sieht das Mädchen zu dem Jüngling auf. Es ist die Tochter eines hohen Beamten. Die Schweigepflicht eines jungen Ehrenmannes hat ihren Zweck erreicht, aber die Unüberlegtheit und Leichtsinngigkeit zweier junger Menschenfinder hat eine hoffnungsvolle Karriere zerstört. Da der junge Mensch zweifellos für seine Tat nicht allein verantwortlich zu machen ist, so wäre wohl zu erwägen, ob ihm nicht die Gnadenmittel der modernen Strafrechtspflege zustatten kommen sollen. Ein abgefeimter Schurke ist er doch sicher nicht.

Zugunglück in der Tschechoslowakei.

25 Leichtverletzte.

Brünn, 15. Juli.

Auf dem Bahnhof Bohuslavitz bei Waga auf der Strecke Brünn—Trenčanka Tepia stieß heute nachmittags gegen 3 Uhr ein nach Brünn fahrender mit einem aus Brünn kommenden Schnellzug zusammen. Beide Lokomotiven schoben sich ineinander, drei Wagen entgleisten. Ferner wurde ein Pullman-Wagen und ein Dienstwagen zertrümmert. 20 bis 25 Reisende und Eisenbahner wurden leicht verletzt. Die meisten konnten die Reise aber forsetzen. Der von Brünn abfahrende Schnellzug hatte bereits vor dem Zusammenstoß einen Unfall zu verzeichnen. Kurz nach 2 Uhr überfuhr er zwischen den Stationen Newojiz und Klesowiz ein Fuhrwerk, wobei der Kutscher und das Pferd getötet wurden.

Explosionsunglück in Philadelphia.

Mehrere Tonnen Dynamit flogen in die Luft.

(U.) London, 15. Juli 1929.

Nach einer Meldung aus New York hat sich am Montag mittags in Philadelphia ein schweres Explosionsunglück ereignet. Auf einem Hafendamm inmitten der Stadt explodierten mehrere Tonnen Dynamit. Sämtliche Häuser der Stadt wurden erschüttert. Undurchdringliche Rauchwolken lagerten lange Zeit über allen Stadtvierteln. Die glühende Asche fiel in großen Mengen auf die benachbarten Gebäude und Hafendämme. Es entstand ein Riesenschutt; die gesamten Feuerwehren sind eifrig mit den Löscharbeiten beschäftigt. Der Schaden selbst läßt sich noch nicht übersehen.

Ein Neubau für die Technische Hochschule.

Gestern mittags wurde für einen Neubau der Technischen Hochschule Berlin der Grundstein gelegt. Auf dem Gelände an der Hardenbergstraße, in unmittelbarer Nähe des alten Gebäudes, wird ein Neubau errichtet, in dem ein physikalisches Institut untergebracht werden soll.

Zur Grundsteinlegung versammelten sich im Ehrenhof der Technischen Hochschule die Professoren und Studenten sowie die Vertreter der Reichs- und Landesregierung. Nach einer Begrüßungsansprache geleitete der Rektor, Professor Dr. Drowe, seine Gäste zum Baugrundstück, auf dem die Studentenorganisationen bereits Auffüllung genommen hatten. Von riesigen Rasten wehten die Reichs- und Landesfarben. Direktor Professor Hamel vertas die Bauurlunde, die er dann dem Obermeister der Kemptnerinnung übergab, der sie gemeinsam mit einem vergoldeten Ehrenbürgergehäusen, verschiedenen Plaketten, einem Bauplan und einigen Tageszeitungen — darunter eine Nummer des „Vorwärts“ — in eine Kupfertafel einsetzte. Staatssekretär Dr. Lammers hielt dann die Festansprache, in der er besonders auf die Geschichte der Hochschule eingieng. Neben diesem Neubau sollen dann noch die Siemenschen Fabriken in der Frankfurterstraße zu einem Baulingenieurlaboratorium ausgebaut werden. Nachdem die Kupfertafel eingemauert worden war, vollführte Staatssekretär Dr. Lammers den ersten Hammerschlag. Nach ihm folgten dann die Rektoren, die Vertreter des Finanzministeriums der Oberpräsident, Bürgermeister Dr. Scholz und die Bauleiter. Einlaß der Singsprüche erinnerten an die Wilhelm bei jeder unpassenden Gelegenheit loslich; auch in ihnen war von Deutschlands Wehr und Ehr dauernd die Rede. Zu vielen überlitterten Singsprüchen wurde dann noch überflüssigerweise als Abschluß der Feier der Lieblingsmarsch Friedrich des Großen, der Hohenfriedberger, gespielt.

Die niederländische Arbeiterfängerbund beschloß auf seiner Generalversammlung in Utrecht, im Jahre 1932 anlässlich seines 30jährigen Bestehens ein großes internationales Arbeiterfängerfest zu veranstalten.

Jugendweiben der Sozialisten und Freidenker Berlins. Als Kamelstellen werden hierdurch arbeiten, soweit das noch nicht geschehen ist, ihre Anneldungen für die Herbstjugendweibe sofort dem Sekretariat 23 68, Dinsbker 3. II. Hof, 2. Trp., zukommen zu lassen, da die Einleitung vorgenommen werden muß.

„Wielepp, 'n Frosch!“

Junge Leute, die wandern und baden, sind mir viel sympathischer als ihre Altersgefährten, die Zigaretten rauchen. Rechtsdostoweniger . . .

Rüssen acht junge Leute im Wasser einen Spektakel vollführen, als ob ein ganzes Regiment ertränkt?

Erst war's mir ja beinahe angeblich, denn ich hatte die hinter fändigen Aufscheln verborgene Gabelstelle schon verfehlt, als das Indianergeheul mir den rechten Weg wies.

Aber halb wurde die Sache zu bunt. Was interessiert mich das eigentlich, daß von den blondschaffigen Jünglingen einer auf den Namen „Wielepp“ hört. Er selber wird es doch wissen. (Rehne ich an.)

Alle zehn Sekunden, mit unheimlicher Sicherheit, geist der Name Wielepp wie ein Schlachtruf durch die Luft.

„Hö — Wielepp! — Komma her!“

Was hat sich Unerhörtes zugetragen, daß Wielepp mit solcher Behemung herbeibeordert wird?

„Wielepp — stema, hier is 'n Frosch!“

Wahrscheinlich hat der siebzehnjährige Wielepp noch nie in seinem Leben einen Frosch gesehen. Zehn Sekunden später soll Wielepp darüber Auskunft geben, wo der Ball geblieben ist. Wielepp steht zwar von dem Frosger höchstens fünf Meter entfernt, aber der brüllt, als ob Wielepp sich auf einem hohen Berggipfel versteinen hätte.

Nachmal soll Wielepp auch gar nichts. Dann brüllt einer, der im Wasser herumplantzt, den Namen bloß so. Ich nehme an, um zu zeigen, daß er noch da ist.

Außerdem: wo öffentlich gebadet wird, sollte nicht immer jeder gleich mit gellender Stimme „Hilf!“ schreien, wenn kein Nachbar ihn spricht oder ihm unter Wasser gegen die Beine schwimmt. Geht wirklich einer unter, so merkt es niemand.

Wie gesagt: Badende junge Leute sind mir zehnmal lieber als . . . (siehe oben). Aber, ganz bescheiden: Geht es nicht ein klein wenig leiser, ohne „Wielepp!“? Jonathan.

Baumschlächterei in der Hasenheide.

„Sonntags in die Hasenheide!“ ist immer noch der Schlachtruf unzähliger konzert- und taffedurstiger Familiengäste. Die Straße ist immer noch eine Freudendase in der steinernen Wüste der Stadt wie vor hundert Jahren. Uralte Gärten, Bierauschont an der Brauquelle, Militärmusik, Tanz in zwanzig Sälen. Familien können Kaffee kochen. Wo gibt es so etwas sonst noch mit Ausnahme in den Zelten? Seitdem das Warenhaus sich am östlichen Ende der Straße angesiedelt hat und seinen Leuchtturm höher in die Wolken schiebt als die Kirchturmspitze am gegenüberliegenden Ende, nimmt auch das Wochentagsgewimmel der Hasenheide sonntägliche Dimensionen an.

Und was erleben die Tausende, die naturhungrig durch den Berliner Boulevard flanieren? Sie blicken auf einen Schutthausen, der vom Kaiser-Friedrich-Platz bis zum Hermannplatz die ganze südliche Seite der Straße ziert. Sie sehen die Gitter der Vorgärten demoliert und aus dem Boden gerissen. Steingeröll bedeckt den Bürgersteig, der ein langer, ungepflasterter, aufgewühlter Sandweg ist. Die Häuser, die sonst üppig grüne Baumkrone beschatteten, liegen tahl und steinern in der Julisonne. Wo sind die herrlichen Baumriesen, die hier Schatten spendeten? Wo die grünen Sträucher und Blumen in den Gärten? Wo sind die Gärten geblieben?

Das Unerhörte ist Ereignis geworden: alle die schönen Bäume sind ausgerodet. Sträucher und Rosen weggemäht. Baum und Laub gefüllt im prangenden Sommerwind von der gefühllosen Art beauftragter Arme. Vom grünen Rechenisch der Verkehrsbehörde aus erging der Befehl, die südlichen Vorgärten um einige Meter zu beschneiden, um die Dammbreite der Straße zu erweitern. Weß die Gleisbahn der Straßen-Elektrischen mitten in die Straße verlegt wurde, muß jetzt dem Wogenverkehr eine neue Gasse geschaffen werden. Dazu werden kurzweilig die Vorgärten mit allen Bäumen fassiert. Der Garten des Krankenhauses, der für die Patienten eine Luftquelle bildete, ist so verkleinert, daß

Siedlungsstand an der Ostsee.

Gumpfiges Dedland als Spekulationsobjekt.

Eine geradezu phantastisch anmutende Siedlungsaffäre wird von der Halbinsel Jingt geschildert. Die Halbinsel liegt nordwestlich von Stralsund und stellt ein aus Dünenland bestehendes Schwemmland dar, das nur mit einer 15 bis 20 Zentimeter hohen Humusschicht bedeckt ist. Infolge riesiger Sturmfluten, die im letzten Jahrhundert dort wüteten, ließ der Staat im Jahre 1872 einen Schuttdamm errichten, der jedoch außerhalb großer Teile des Dedlandes des Sumpfes verlust. Das Land schwebt in beständiger Hochwassergefahr. Die Wasser- und Verkehrsverhältnisse sind trostlos. Die einträglichen, verbrannten Wiesen bieten einen traurigen Anblick. Im Frühjahr und im Herbst brausen schwere Stürme über das Land. Die Pächter des Landes bestreiten ihre schmale Existenz durch Viehwirtschaft. Die Wiesen und Weiden, die nur schwache Erträge liefern, leiden weithin unter starker Wildschweineplage. Das Land zerfällt in drei Teile: Muggenburg, Sundische Wiese und Pramort. Von diesen insgesamt 3038 Hektar Land sind 1500 Morgen Strand, Dünen und Deiche, 3500 Morgen Wald, 2000 Morgen Acker und der Rest Wiesen und Weiden.

Das öde Land gehörte ursprünglich dem Kloster Hiddensee, ging dann — im Jahre 1350 — durch Schenkung an die Stadt Stralsund über, die den Besitz wegen seiner Unrentabilität fast sechs Jahrhunderte später, im Jahre 1902, an den Grafen Werner von Plöt-Trautvetter für 390 000 Mark veräußerte. Jetzt wurde das Land

zum Gegenstand einer beispiellosen tollen Spekulation.

Im Jahre 1906 verkaufte der Graf seinen Besitz mit einem Profit von 157 000 M. an den Fürsten Friedrich Wend zu Eulenburg. Zufammen mit dem Kaufpreis für das Gut Muggenburg bezahlte Eulenburg 767 000 M. Der Fürst legte es nun darauf an, einen riesigen Wertzuwachs des Landes herauszufinden und in seine Tasche zu stecken. Zu diesem Zweck suchte er Wilhelm II. zu bewegen, das Schwedenfahrprojekt über Sundische Wiese statt über Sahnitz laufen zu lassen. Inzwischen wurde die Fähre schließlich doch über Sahnitz eingerichtet. Trotzdem fand Eulenburg im Jahre 1912 einen neuen Käufer, den Gutsbesitzer von Quintus Julius, der für die Befähigung zusammen bereits 1 200 000 M. bezahlte. Dieser Gutsbesitzer hatte aber kein Glück mit seinem Plan, eine Schweinezucht auf Jingt zu betreiben. Als weitere Besitzer folgten die Landwirte Toeller und Adig, die zusammen 1 660 000 M. auswarfen und die durch Pächterhöfungen zahlreicher Bauern vertrieben. Die Höfe verwahten immer mehr. 1916 wurde das Land von der Holzfirma Löwen u. Piepmeyer G. m. b. H. für 1 423 000 M. übernommen. Nach diesem kleinen Wertrückgang folgte noch im selben Jahre eine enorme Steigerung: die neugegründete Pflanzengesellschaft G. m. b. H. wurde für 2 450 000 M. Eigentümerin der Insel. Die Gesellschaft, in der die Firma Rudolf Mosse in Berlin tonangebend war, beabsichtigte hier, Kesselpflanzungen als Ersatz für Leinen- und Baumwollfasern einzurichten. Belgische Mädchen wurden herbeigeholt, die die Kesselpflanzen einpflanzen und begießen mußten. Riesige Geldsummen wurden ausgegeben, doch hatte man bei diesem Projekt außer acht gelassen, daß die Kesselpflanzen als Halbhartgewächse in der prallen Sonne nicht gedeihen können. Die Plantagen der Firma Mosse verfielen also in Bälde wieder. Angeblich soll das Deutsche Reich 8 Millionen Mark Zuschuß an dieses Kesselpflanzunternehmen verschwendet haben. Mosse übergab den Besitz dem Stinnes- und Benz-Konzern, der 7 Millionen Mark dafür erlegte. Die neue Besitzerin nahm umfangreiche Abholungen zur Gewinnung von Telephonmasten, Grubenholzern und Eisenbahnschwellen für Reparationsleistungen vor. Dann kam das Land vorübergehend in die Hände eines rumänischen Barons von Ladneg, der nach sechs Monaten vier Millionen Mark ins Trockne brachte. Ihm folgten die Firmen Lange u. Co., Agricola-Hamburg, Lange u. Röhrig und schließlich nochmals Lange. Jetzt wurden

21 Millionen Mark hypotheken auf die Befähigung eingetragen.

Dabei sahen Land und Höfe geradezu katastrophal aus. Man gewann den Eindruck eines im Krieg zerstörten Gebietes. Einzelne Höfe gleichen wahren Trümmerhaufen. Die Entwässerungsgräben waren zugewachsen und verstopft, die Wege schlecht gehalten; nur das Gut Muggenburg wich ein wenig von diesem Grundcharakter ab. Im Frühjahr 1922 wurde die damalige Verteilungsgesellschaft für die staatlichen Siedlungsgelder, die Neuland A.-G., Berlin, auf die Insel aufmerksam. Auf Grund einer Befähigung wurde erklärt, daß die Enteignung auf dem Wege über das Siedlungsgesetz vom 11. August 1919 erfolgen könne. Da nochmals das Projekt des Durchstiches bei Jingt zur Verkürzung der Verbindung Trelleborg—Berlin aufzulauchte, beantragte der Landeslieferungsverband Pommern die Enteignung beim Landeskulturamt Frankfurt a. d. Oder. Mit den größten Unwahrheiten wurde die Enteignung in die Wege geleitet. Schließlich sprach das Landeskulturamt am 12. Juni 1923 die Enteignung aus, wobei die Entschädigung auf 1131 Millionen Papiermark festgelegt wurde. Diesen Betrag nahm die Neuland A.-G.

daraufhin bei der Preussischen Staatsbank als Darlehen auf. Die Neuland A.-G. gab die Erklärung ab, daß dieser Betrag für die Landbank, die damals völlig bankrott war, hinterlegt worden sei. Nach Einführung der Rentenbank wurde das Konto bei der Preussischen Staatsbank gestrichen, wodurch die Landbank ohne einen Pfennig Entschädigung in den Besitz von 1300 Morgen Land gelangte. Für die Neuland A.-G. wurde eine Sicherheitshypothek bis zweieinhalb Millionen Goldmark und das Auflassungsrecht eingetragen — ein Widerspruch zum bestehenden Gesetz. Außerdem wurden auf die Roggenrentenbank, die in Personalfusion mit der Landbankgesellschaft stand, noch 885 400 Mark eingetragen — dieser Betrag wurde durch die landwirtschaftlich benutzte Fläche als mündelsicher bezeichnet. Jetzt ruhten über dreieinhalb Millionen Goldmarkhypotheken als Schuldenlast auf der Sundischen Wiese, deren Entschädigungswert nach Auffassung des Landeskulturamtes 1131 Millionen Papiermark = 383 500 Vorkriegsgoldmark betrug!

Es muß vor allem gefragt werden, wo eigentlich die ungeheuren Geldmittel geblieben sind, die als Hypothek aufgenommen wurden und angeblich für Siedlungen und Meliorationen verwendet werden sollten. In der ganzen Zeit wurde eine einzige Siedlung neu errichtet. Sie soll 18 000 M. gekostet haben, eine Summe, die bisher alle Interessenten abschreiebt. Auch ist selbst diese „Mustersiedlung“ keineswegs ganz in Ordnung. Im wesentlichen überließ die Neuland A.-G. die Instandsetzung der Höfe den Pächtern. In erster Linie machte sich die Gesellschaft aber durch bedeutende Erhöhungen der Pachtsummen — zum Teil auf 300 Proz. der Friedenspacht — bemerkbar. Sie versuchte durch Alarmiererei, in denen Sundische Wiese als ein ideales Kulturland angepriesen wurde, Siedlungslustige anzuziehen. Doch immer wieder reisten die Interessenten enttäuscht und enttäuscht ab. Zur Freude der armen Pächter veranstaltete die Leitung der Neuland A.-G. wiederholt große Jagdgesellschaften auf der Sundischen Wiese. Die unsinnig hohen Kaufverträge wurden bisher zwangsweise von 15 Pächtern unterschrieben, die keinen anderen Ausweg kannten. Sechs Höfe stehen leer, da die Pächter weggezogen sind. Das Kulturamt spielte in der ganzen Angelegenheit eine schmählische Rolle; es sah dem Siedlungsstand zu, ohne der Neuland A.-G. Einhalt zu gebieten. Das Amt funktionierte sogar den Vertrag mit einem Pächter, der eine fünfjährige Belastung gegenüber früher vorsteht. Neuerdings sollen mit dem genauen Siedlungsunternehmen 60 000 bis 90 000 Mark Staatsgelder verpulvert worden sein.

Disziplin über alles!

Aus Dresden hört man folgendes: Die Direktion eines Postamtes — es war vermutlich an dem Tage ganz ungewöhnlich heiß in Dresden — hat eine Verfügung erlassen, die das Grüßen der Vorgesetzten vom Fahrrad herab endlich einmal regelt. Ausdrücklich wird betont, daß das Grüßen nicht durch Anlegen der rechten Hand an die Dienstmütze erfolgt, sondern durch Annahme einer kräftigeren Haltung und Wendung des Kopfes nach der zu grüßenden Person.

Wie gesagt, an dem Tage, an dem diese Verfügung dem Hirn eines Vorgesetzten entquoll, muß es ungewöhnlich heiß gewesen sein.

Aber warum nach Dresden schweifen, wenn man es nach so bequem hat. In der Straßenkreuzung am Hallschen Tor hat ein Schupo einen Verkehrsregelungsmechanismus zu bedienen. Das ist keine Kleinigkeit bei der Verkehrsdränge. Man glaube das nur nicht. Außerdem ist es sehr heiß und der Schupo steht in der neuen Sommeruniform, bestehend aus leichter Khakilitze, schweren Lederhandschuhen nebst schwerem Lederhelm. Nun gut, er regelt, und er hat es ganz gut heraus und alles klappt vorzüglich. Er steht mit der Hand an dem Griff und poßt auf, ganz Pflichtgefühl. Bravo, Schupo!

Nun aber rauscht ein Straßenbahnwagen im Zwölfstimmertempo vorbei. Da — reißt der Schupo die Hand vom Hebel und sich zusammen, schmeißt die Hand an den Lederhelm, steht furchtbar stramm — Strammheit ist noch immer ein Charakteristikum wahren Deutschtums — und sieht seinem Vorgesetzten unbeweglich und nach Vorschrift ins wohlwollende Auge; dem Vorgesetzten, der auf dem Vorderperron der Straßenbahn nichtstünderweise an dem in voller Arbeit befindlichen Schupo vorbeiführt. Inzwischen sich der Weltstadtverkehr 30 Sekunden selbst überlassen blieb.

Vielleicht ist das Vorschrift! Vielleicht auch hat der Schupo einem besonders beliebten Vorgesetzten eine Gratuldigung erweisen wollen. Wie dem auch sei, so viel steht jedenfalls fest, daß uns Eiblorenz hinsichtlich strenger Beamendisziplin in nichts voraus ist. Es ist nur zu wünschen, daß den immer noch nicht allzu vielen Ausländern, die Berlin besuchen, dieses erhabene Stückchen alten Deutschtums, wenn nicht am Hallschen Tor selbst, so doch vielleicht in einem Kabarett naturgetreu vorgeführt wird.

Schwerer Grubenbrand bei Essen.

Vier Bergleute eingeschlossen.

Essen, 15. Juli.

In der vergangenen Nacht ist in einem Blindschacht der Zeche „Katharina“ in Kray auf der fünften Sohle ein großer Grubenbrand ausgebrochen, über dessen Entstehungsursache noch Unklarheit besteht. Schon nach kurzer Zeit hatte der Brand größte Ausdehnung angenommen. Die Feuerwehr und die Rettungsmannschaft der eigenen Zeche wurden sofort eingeschleht. Desgleichen wurden die Rettungsmannschaften der Nachbarzechen, vor allen Dingen aus Gelsenkirchen, herbeigerufen und eingeschleht. Trotzdem hat das Feuer im Laufe des Montagoobernachmittag an Ausdehnung zugenommen und ist bereits zum Hauptquerschlag der vierten Sohle eingedrungen. Die Eindämmungs- und Löscharbeiten gehen weiter. Es sind vier Bergarbeiter abgeschuldet, über deren Schicksal noch Unklarheit besteht. Die Belegkammer der Schachtanlage muß vorläufig feiert. Die amtliche Untersuchung ist im Gange.

Auto auf der Schühinsel.

Gestern Abend ereignete sich am Potsdamer Platz ein schwerer Verkehrsunfall. Der jugendliche Führer eines Privatautos geriet beim Ueberqueren des Platzes infolge zu schnellenfahrens auf die Schühinsel gegenüber dem Palasthotel und fuhr in eine Passantengruppe hinein. Vier Personen wurden vom Auto erfasst. Während drei von ihnen glücklicherweise mit leichten Verletzungen davonkamen, mußte die 15jährige Verkäuferin Lea Rierich aus der Alterstraße in Neukölln, die einen Schlüsselbeinbruch erlitten hatte, ins Elisabethstranthenhaus übergeführt werden. Der schuldige Chauffeur wurde festgestellt.

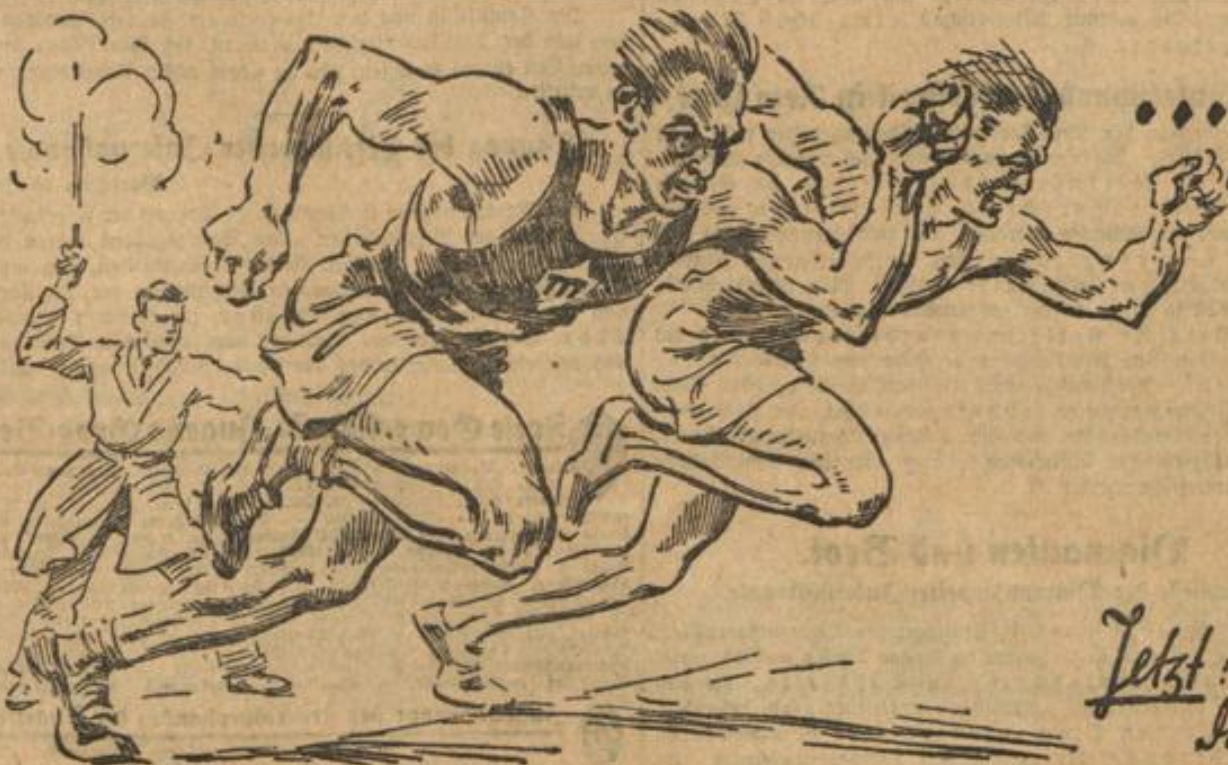
Neuer Fernempfänger für Europaempfang.

Endlich ist es deutschen Ingenieuren gelungen, einen Fernempfänger zu konstruieren, der es ermöglicht, durch Drehen eines einzigen Statentropfes Fernempfang zu erzielen. Dieser Apparat, nämlich der „Telefunken 40“ ist ein Rekanalschlußgerät, wohl das vollkommenste was man auf diesem Gebiet bisher erfunden hat; er besteht aus einem form schönen dunkelbraunen Gehäuse aus erstklassigem Isoliermaterial. Der Telefunken 40 besitzt eine Schirmgitterhochfrequenz, rückgetoppeltes Antenna, sowie einen zweifachen Widerstandsverstärker, er ist also ein 4-Röhren-Empfänger. Außerdem ist ein Anschlag zur Uebertragung von Schaltplatten vorhanden. Man hat dieses Gerät zum Verschließen eingerichtet, sodaß Unbefugte den Apparat niemals benutzen können. Wenn man nach dem Preise fragt so kann man ihn in Ansehung des Umstandes, daß man mit diesem Apparat sämtliche in- und ausländischen Stationen im Vontsprecher unter Ausschaltung des Detektorempfinders empfangen kann, nicht unbedingt als zu hoch bezeichnen. Aber für die große Masse der Werttätigen ist er unerschwinglich oder nur mit großer Mühe und Entbehrungen anzuschaffen; er kostet nämlich 440 M. ohne Vontsprecher, der auch noch mal 73 M. kostet, so daß die gesamte Apparatur sich auf 513 M. stellt. Wenn man die Vorzüge dieses Apparates zusammenfassen will, so kann man sagen: Telefunken 40 ist der Fernempfänger für den Salen, er gibt alle Töne von 50 bis 8000, d. h. 7 Proz. Oktaven klar wieder, mit Stationswähler, einfacher Bedienung, großer Abstimmgenauigkeit, ohne Hochantenne und ohne Batterien. Vorgeführt wurde das Gerät in einer Villa in Wannsee, zu der die Presse geladen war. Der Empfang war ausgezeichnet; es konnte sich jeder von seiner Güte und Qualität überzeugen.

Eine Fünfzehnjährige springt aus dem Fenster.

In der Emdener Straße in Moabit spielte sich gestern Abend ein aufregender Vorfall ab. Aus dem Fenster der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung ihrer Eltern stürzte sich um 19 Uhr die 15jährige Dora K. auf die Straße hinab. Das Mädchen erlitt schwere Verletzungen und wurde durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamtes bewußtlos ins Moabiter Krankenhaus gebracht. Das Befinden der jugendlichen Selbstmordkandidatin ist sehr ernst. Wie die Ermittlungen ergeben haben, wollte die knapp Fünfzehnjährige, die in einem Berliner Geschäft als Lehrling angestellt ist, aus Liebestummer freiwillig in den Tod gehen.

Willy Kuhn verstorben. Ganz plötzlich hat der Schmitzer Tod Willy Kuhn, einen bewährten Reichsbannerkameraden und Parteigenossen, geholt. Kuhn war besonders in der Reichsbannerbewegung tätig und hat sich hier um die Ausbildung der Spielzeuge verdient gemacht. Seine großen musikalischen Fachkenntnisse veranlaßten den Bauvorsitz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, diesen Kameraden für mehrere Jahre mit der Stadtführung des Hauses Berlin-Brandenburg zu betrauen. Zuletzt leitete er noch die Kapelle des Kreisvereins Neukölln. Kuhn komponierte auch einige republikanische Märsche, die sich ihre Wege bahnten. Eine tödliche Krankheit hemmte seinen großen Arbeitsdrang. Alle, die diesen sympathischen Menschen kannten, werden gern und ehrend seiner gedenken. Die Bestattung erfolgt heute nachmittag, 14 Uhr, auf dem Neuen Satoberfriedhof, Neukölln, Hermannstraße.



...fertig: los!!!

Er läßt alles hinter sich!
Am Ziel winkt eine Schachtel
Massary-Caid.
Die raucht er fürs Leben gern.
Die muß er gewinnen.



Jetzt: Ausgeglichener und noch milder-
Jazu berühmte Fahnenbilder!

Wirtschaftspolitik und Arbeiterklasse.

Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der gewaltige Konzentrationsprozeß des Kapitals in den letzten Jahren und der wachsende Wettbewerb um neue Märkte sowie um die Kontrolle der Rohstoffe verlangen dauernd die Wachsamkeit der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Um die Konkurrenzfähigkeit zu behalten, ist jedes Land und jedes Unternehmen bestrebt, mit geringeren Selbstkosten größere Warenmengen zu erzeugen.

Die organisierte Arbeiterklasse wendet sich nicht gegen diesen natürlichen Entwicklungsprozeß. Aber die Gewerkschaften müssen noch einheitlichen Gesichtspunkten und mit Entschiedenheit das unverkennbare Streben des Unternehmertums bekämpfen, die Vorteile, die für die Menschheit aus planmäßigeren Produktionsmethoden entstehen können, nur allein für sich in Anspruch zu nehmen. Die Versuche des Unternehmertums, den Lohnanteil so niedrig wie möglich zu halten und den Lebensstandard der Arbeiterklasse herabzudrücken, muß abgewehrt und in Uebereinstimmung mit der Entwicklung der Produktivkräfte ein höheres Lebensniveau errungen werden.

In der Aufrechterhaltung und Erhöhung der Zollmauern sieht die internationale Gewerkschaftsbewegung eine Behinderung des normalen internationalen Güterauslaufes. Die Förderung des internationalen Güterauslaufes durch Befreiung der Waren von protektionistischen Maßnahmen ist aber eine Voraussetzung für das Aufblühen und die Weiterentwicklung aller Volkswirtschaften.

Der IGB hat seinen wirtschaftspolitischen Standpunkt gegenüber den neuen Tendenzen des Kapitalismus durch seine Vertreter auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes im Jahre 1927 klar dargestellt und kurz darauf auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris festgelegt. Da jedoch in fast allen Ländern trotz der verschiedenen Art und Intensität ähnliche wirtschaftliche Probleme aufstachen, besteht die Notwendigkeit, in einem internationalen Wirtschaftsprogramm allgemeine Richtlinien aufzustellen, in denen die Stellungnahme des IGB zu den wirtschaftlichen Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung kurz und klar zum Ausdruck kommt.

Das Programm zerfällt in einen internationalen und in einen nationalen Teil. Es handelt sich hierbei aber nicht um Gegenätze in den Aufgaben, sondern die nationalen und internationalen Aufgaben sollen sich gegenseitig ergänzen. Beide Aufgaben, die auf internationalen wie auf nationalem Wirtschaftsgebiet, müssen erfüllt werden. Der Kampf für ihre Verwirklichung muß zu einem harmonischen Ganzen zusammenwachsen.

1. Forderungen auf internationalem Gebiet.

a) Internationales Wirtschaftsamt. Der IGB fordert, daß die wirtschaftlichen Einrichtungen beim Völkerbund zu einem internationalen Wirtschaftsamt unter entscheidender Mitwirkung der organisierten Arbeiterklasse ausgestaltet werden. Die Zusammenarbeit dieses Amtes mit dem Internationalen Arbeitsamt ist durch gegenseitige Vertretung zu sichern. Das Internationale Wirtschaftsamt muß seine Tätigkeit in Verbindung mit den in den verschiedenen Ländern bereits bestehenden oder noch zu gründenden nationalen Wirtschaftsämtern oder wesensgleichen nationalen Organisationen gestalten.

b) Internationale Trusts, Kartelle und Vereinbarungen. Der IGB fordert, daß im Interesse der Arbeiter und Konsumenten wirkungsvolle Kontrollmaßnahmen betr. die Wirksamkeit internationaler Trusts, Kartelle und ähnlicher Vereinbarungen getroffen werden. Der erste Schritt in dieser Richtung soll die vollste Publizität der finanziellen und anderen Einzelheiten solcher Organisationen sein, auch Gewinne und Preise. Es soll die Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation des Völkerbundes sein, diese Forderungen durchzuführen und zu sichern.

c) Förderung des internationalen Güterauslaufes. Der IGB unterstützt aufs energischste die auf Initiative der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 eingeleiteten Bestrebungen. Er wiederholt seine Forderung auf Abschaffung der Zollschränken, die die Befreiung der Weltwirtschaft behindern. Insbesondere fordert er die Beseitigung der Zollmauern Europas. Er verlangt die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote durch internationale Konventionen und Einheitlichkeit in den allgemeinen Bestimmungen der Handelsverträge. Zu diesem Zwecke sollen alle vorbereitenden Schritte auf Grundlage der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz unternommen werden. Diese Prinzipien sind auch auf die Kolonialgebiete anzuwenden.

d) Wirtschaftliche Schiedsgerichtsbarkeit. In der Erkenntnis, daß wirtschaftliche Konflikte eine dauernde Friedens-

gefahr sind, fordert der IGB, daß alle Wirtschaftskonflikte, die nicht in unmittelbaren Verhandlungen zwischen den betreffenden Staaten beigelegt werden, einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten sind.

e) Angleichung der Arbeitsbedingungen. Da niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen oft zu unfairem Wettbewerb und andererseits zur Absperrung von Märkten führen, fordert der IGB die Aufstellung internationaler Mindestbedingungen für die Arbeitsverhältnisse durch Entwicklung der internationalen Arbeitsschutzkonventionen, durch internationale Vereinbarungen über Arbeitszeit, Arbeitslosenversicherung usw., nicht nur aus sozialpolitischen Gründen, sondern auch als wirtschaftspolitisch dringliche Forderung. Der IGB fordert deshalb die Ratifizierung, strikte Anwendung und Erweiterung der internationalen Arbeitskonventionen.

f) Währungspolitik. Der IGB fordert die volle Durchführung der Stabilisierung der Währungen, als Voraussetzung der Befreiung der nationalen und internationalen Wirtschaft. Zu erstreben ist die größtmögliche Stabilisierung der Kaufkraft des Goldes, ausgedrückt in Waren und Dienstleistungen, zur Sicherung der Stabilität der Preise und dadurch der Produktion und der Beschäftigungsmöglichkeiten.

g) Durchführung. Bei der Erstrebung der vorgenannten Ziele wird der IGB enge Verbindungen aufrechterhalten mit den Arbeiterdelegierten des Beratenden Komitees der wirtschaftlichen Abteilung des Völkerbundes und des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. Es ist von größter Wichtigkeit, daß die Wirtschaftspolitik der Arbeitervertreter von allgemeinen internationalen Prinzipien bestimmt wird, ohne daß im einzelnen Fälle die angemessene Berücksichtigung der verschiedenen nationalen Verhältnisse und Notwendigkeiten außer Acht gelassen wird. Die notwendige Zusammenarbeit soll erzielt werden durch regelmäßige Besprechungen zwischen dem IGB und den Arbeitervertretern obengenannter Körperschaften.

2. Forderungen auf nationalem Gebiet.

a) Sicherungen gegen Mißbrauch der Rationalisierung. Die Gewerkschaften sollen die planmäßige Entwicklung der Industrie, ihre rationelle Zusammenfassung in größere Einheiten, die finanzielle Reorganisation und die Ersetzung älterer Maschinen und Methoden durch neue Anlagen und technische Methoden fördern. Es ist wichtig, daß gleichzeitig die nötigen Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung der Arbeiter getroffen werden und daß die Steigerung des Lebensstandards Schritt hält mit der steigenden Produktion. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert deshalb auf dem Gebiete der Rationalisierung, u. a.:

1. Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen;
2. planmäßige Ueberführung der durch die Rationalisierung freierwerdenden Arbeiter in andere Industriezweige;
3. falls diese sich verzögert, sollen zeitlich unbegrenzt die Arbeitslosen unterstützt werden;
4. bei der Durchführung der Rationalisierung soll die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter in weitestgehendem Maße geschützt werden;
5. den Arbeitern soll bei der Rationalisierung durch folgende Mittel unter Berücksichtigung der Interessen der Allgemeinheit ein gerechter Anteil der erzielten Vorteile zugutekommen: Herabsetzung der Verkaufspreise, Erhöhung der Reallohne, Verkürzung der Arbeitszeit und Gewährung von Ferien.

b) Währungs- und Kreditpolitik. Da die Währungs- und Kreditpolitik wegen ihrer engen Zusammenhänge mit dem Konjunkturverlauf von größter Wichtigkeit ist, fordern die Gewerkschaften die Ueberwachung der nationalen Währungs- und Kreditpolitik unter Mitwirkung der Gewerkschaften.

c) Förderung der öffentlichen Wirtschaft. Die Förderung von Wirtschaftsbetrieben in der Hand öffentlicher Körperschaften ist geeignet, die monopolistische Beherrschung der Wirtschaft durch das private Kapital einzuschränken. Derartige öffentliche Betriebe sind daher auszubauen und auf neue Gebiete auszudehnen. Im besonderen ist die Verstaatlichung der Bodenschätze, Naturkräfte und des Transportwesens, die Ausdehnung staatlicher und gemeindlicher Wirtschaft auf dem Gebiete der Versorgung des allgemeinen Bedarfs zu fordern.

d) Eigene Wirtschaftsbetriebe der Arbeitnehmer. Die Ausbreitung der Konsumgenossen-

schaften und ihrer Eigenproduktion sowie die Entwicklung gewerkschaftlicher Eigenbetriebe sind geeignet, die Arbeiten und Kämpfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen und daher mit allen Kräften der Gewerkschaften zu fördern.

e) Offenlegung und Ueberwachung der Wirtschaft. Die Offenlegung der Wirtschaft ist die Voraussetzung jeder zielbewußten Wirtschaftspolitik. Sie dient der Vorbereitung einer planmäßigen Wirtschaftsführung im Interesse der Gesamtheit. Daher fordern die Gewerkschaften weitgehende Offenlegung aller Unternehmungen. In erster Linie sind Angaben über Beschäftigte, Produktion und Absatz, Löhne und Gehälter, Soziallasten und Rentabilität zu veröffentlichen. Darüber hinaus ist eine umfassende amtliche Produktions- und Absatzstatistik auszubauen. Die Wirksamkeit monopolistischer Unternehmen soll von offiziellen Instanzen, in denen die Gewerkschaften angemessen vertreten sind, dauernd geprüft und überwacht werden. Diese nationalen Instanzen sollen bei der Ueberwachung der Tätigkeit internationaler Monopole mitarbeiten.

f) Planmäßige Förderung der Landwirtschaft. Durch planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität soll die Lebenshaltung und Kaufkraft der Landbevölkerung gehoben und damit auch das Realeinkommen der Industriebevölkerung gesichert und gesteigert werden. Als Mittel zur landwirtschaftlichen Produktionssteigerung fordern die Gewerkschaften im besonderen die Verbesserung des Absatzes durch genossenschaftliche Zusammenfassungen, planmäßige Absatzorganisation unter Verringerung der Preisschwankungen, Ausbau des landwirtschaftlichen Fachschulwesens.

g) Innerer Markt. So wichtig die Förderung des internationalen Austausch ist, so hängen doch die Möglichkeiten voller Beschäftigung und der Hebung des Lebensstandards in den einzelnen Ländern in erster Linie ab von der Erweiterung der inneren Märkte. Diese Erweiterung kann entsprechend der ständigen Erhöhung der Produktion nur dann gesichert werden, wenn es den Gewerkschaften gelingt, in jedem Lande ihre Forderungen zur Stärkung des Arbeitseinkommens der breiten Massen durchzusetzen. Darum sind die täglichen Kämpfe der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Politik der hohen Löhne unerlässlich für den Aufbau einer gerechteren Wirtschaftsordnung.

Beteiligung der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung.

Der IGB macht ernsthaft darauf aufmerksam, daß internationale Uebereinkommen und Konventionen keinen vollen Wert haben, wenn sie von den betroffenen Ländern nicht durchgeführt und wirklich auch eingehalten werden.

Nur eine starke öffentliche Meinung kann in den verschiedenen Ländern die Regierungen zwingen, internationale Uebereinkommen und Konventionen auszuführen. Es ist deshalb Aufgabe der organisierten Arbeiter, diese öffentliche Meinung zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

Rational ist deshalb wichtig, daß dort, wo ein Nationaler Wirtschaftsrat noch nicht vorhanden ist, ein solcher unter Einfluß von Vertretern der Gewerkschaften gebildet wird. Dieser Rat soll eine planmäßige Wirtschaftspolitik durchführen, in bezug auf alle internationalen wirtschaftlichen Uebereinkommen und Konventionen für die nötige Publizität sorgen und auf die Regierungen den nötigen Druck ausüben, damit solche Uebereinkommen und Konventionen auch wirklich durchgeführt werden. Die verschiedenen Gewerkschaftszentralen werden aufgefordert, die Errichtung einer solchen Körperschaft, wo sie noch nicht vorhanden ist, an die Spitze ihres wirtschaftlichen Programms zu stellen.

Die Gewerkschaften verlangen ferner gleichberechtigte Vertretung in den öffentlichen Körperschaften, die der Beratung von Wirtschaftsfragen oder der Ausübung wirtschaftlicher Funktionen dienen.

Bei der Durchführung des oben dargelegten Programms ist die aktive Zusammenarbeit aller im IGB vereinten Gewerkschaftsbewegungen eine lebenswichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Wohlfahrt der Arbeiter aller Länder und für den Weltfrieden.

Türkei bestellt Geschüge in Schweden. Das Ministerium für die nationale Verteidigung erteilte der schwedischen Geschüßfabrik „Bofors“ einen Auftrag auf Lieferung mehrerer Serien schwerer Geschüge. Der Auftrag beläuft sich auf mehr als 10 Millionen Mark.

Der Verbraucher

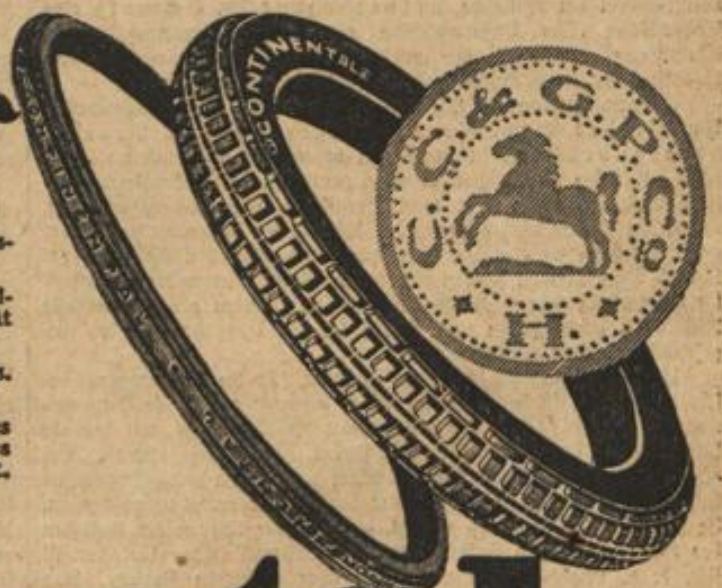
hat das letzte Wort über den Reifen. Für ihn ist dessen Leistung ausschlaggebend.

Die starke Bevorzugung von CONTINENTAL-Fahrrad- und Krafttradreifen seitens der Verbraucherschaft ist ein Beweis dafür, daß Qualität sich durchsetzt.

Bekannt ist die lange Lebensdauer des CONTINENTAL-Fahrradreifens. Der Radfahrer weiß, daß er auf ihm billig und zuverlässig fährt.

Der Krafttradfahrer schätzt vor allem die unbedingte Sicherheit des CONTINENTAL-Krafttradreifens, welche dieser der Zweckmäßigkeit seines gleitsicheren und griffigen Profils und der Zähigkeit seiner Lauffläche verdankt.

Belieferung nur durch Händler!



Continental

Reichsbank-Enquete.

Wann endlich kommt die Beseitigung der Beratungsstelle?

Nach mehrjähriger Arbeit veröffentlicht der Fünfte Untersuchungsausschuss der deutschen Enquetekommission zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzgewinnung der deutschen Wirtschaft einen Berichtsband, „Die Reichsbank“, der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit um so mehr verdient, als es in den Problemen der Kredit-, Währungs- und Anleihepolitik zwar nicht viel Neues unter der Sonne gibt, das Alle aber immer wieder zu neuen Auffassungen und neuen Problemen führt. Der Bericht der Enquetekommission zeigt das auf seinen 119 Seiten Textbericht und seinen 108 Seiten Vernehmungen — ein Sachverzeichnis ist erfreulicherweise auch dabei — sehr deutlich an den teilweise hochaustragenden Dingen und Problemen, die die deutsche Öffentlichkeit seit 1924 beschäftigt haben. Wenn die teilweise sehr spannenden Vernehmungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auch schon weiter zurückliegen, nämlich in der Zeit zwischen dem Oktober 1926 und dem Juli 1927, so hat der Bericht dankenswerterweise doch für seine Feststellungen das Zahlenmaterial bis Ende 1928 ausgeführt, so daß auch aus diesem Grunde dem Bericht eine ziemlich große Aktualität innewohnt. Der Bericht ist auch so gehalten, daß ihn fast jeder verstehen kann, und man hat in ihm eine recht gute Einführung in alle wichtigen Probleme, die die Reichsbank als Bankbank und als Währungsbank betreffen.

Ein neues und wichtiges Zahlenmaterial wird in erster Linie geboten, von dem einiges auch von allgemeiner Bedeutung ist. Tabellen mit neuem Material lassen erkennen, wie stark die Konkurrenz der Privatbanken und der Reichsbank um das sogenannte Wechselmaterial ist. Ende Dezember 1926, Ende Dezember 1927 und Ende November 1928 waren jeweils bei der Reichsbank 16,29, 23,70 und 16,66 Proz. sämtlicher in Deutschland umlaufenden Inlands- und Auslandswechsel, während bei den Privatbanken zu den gleichen Zeitpunkten 28,87, 26,57 und 31,75 Proz. lagen. (Der Rest befand sich im freien Verkehr.) Die Differenzen zeigen, wie groß die Schwankungen in der Beherrschung des Wechselmarktes sind, die die Konkurrenz zwischen Reichsbank und Privatbanken hervorbringt.

Eine weitere Tabelle läßt die außerordentlich großen Strukturveränderungen erkennen, die durch den Krieg und besonders die Inflation in der deutschen Wirtschaft entstanden sind. Die Zahl der bei der Reichsbank akkreditierten, d. h.

für die Kreditgewährung anerkannten Firmen und Personen ist von 1912 bis 1928 von 61 683 auf 41 501 gesunken.

Den allerstärksten Rückgang zeigt die Zahl der kreditfähigen Einzelpersonen (Rentner, Handwerker, kleinere Gewerbetreibende), die von 7539 auf 811 oder von 12,2 auf 2 Proz. der Gesamtzahl zurückgegangen ist. Die Zahl der akkreditierten Kaufleute und Handelsgesellschaften ist um zwei Drittel auf weniger als die Hälfte, von 22 137 auf 10 423 oder von 35,9 auf 25,1 Proz. der jeweiligen Gesamtzahl abgefallen. Auch die Zahl der Industriellen und Industriegesellschaften ging absolut von 19 671 auf 14 983 zurück, stieg aber relativ von 31,9 auf 36,1 Proz. Am stärksten gesunken, was allerdings mit der Politik Schachts zusammenhängt, ist die „Kreditwürdigkeit“ der Landwirtschaft bei der Reichsbank; wohl deshalb, weil Schacht aus seiner bekannten reparationspolitischen Einstellung der Verminderung der Einfuhr durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion so große Bedeutung beilegt, eine Sache, die freilich für die Reichsbank nicht nur, sondern auch für die Landwirtschaft sehr gefährlich war. Die Zahl der akkreditierten Genossenschaften stieg von 1014 auf 1205, die Zahl der Landwirte und landwirtschaftlichen Betriebe von 9121 auf 11 463, nachdem im Jahre 1925 sogar einmal die Zahl von 13 693 erreicht worden war. Seit 1925 scheint Dr. Schacht die Kreditwürdigkeit der deutschen Landwirtschaft doch etwas anders einzuschätzen.

Bei den einzelnen wichtigen Kapiteln der Reichsbankpolitik ist der Enquete-Bericht trotz des zwischischen Filters — nach der Zahl der Enquete-Mitglieder — bei der Einflimmigkeit des Berichts von großer Deutlichkeit. Herr Dr. Schacht ist eine sehr unstrittene Persönlichkeit; man kann aber

nicht sagen, daß die Feststellungen des Berichtes eine Freundlichkeit für die Reichsbankpolitik von Dr. Schacht wären.

Der Forderung nach größerer Publizität in den Wochenausweisen der Reichsbank schließt sich der Bericht mit der Bemerkung an, die Öffentlichkeit müsse in der Lage sein, die Bewegungen

des inländischen Wechselportefeuilles und der Devisenbestände der Reichsbank im einzelnen zu verfolgen, da nur dadurch auch die diskontpolitischen Maßnahmen zureichend beurteilt werden können. Jede Politik der Kreditrationierung und Kreditrestriktion wird als ein großes Mittel verurteilt, das beispielsweise im Jahre 1924 zu Unzulänglichkeiten und Beschwerden führte, die um so ärger waren, als Reichsbankkredite zu erheblich unter Marktzinssätzen stehenden Zinssätzen die Wirkung einer Subvention einzelner Firmen oder Gewerbebezüge hatten. Gegenüber jener Politik, die zum schwarzen Freitag am 13. Mai 1927 mit 4 Milliarden Kursverlusten geführt hat, stellt der Bericht fest, daß alle unmittelbaren Eingriffe in die Kreditverteilung, die sich nicht des Diskontsatzes als Regulator bedienen, für die Wirtschaft mit so großen Mängeln verbunden sei, daß sie, wenn irgend möglich, vermieden werden sollten. Interessant ist die gegen frühere gelegentliche Wünsche der Reparationskommission gerichtete Ablehnung der Auffassung, daß die Diskontpolitik das entscheidende Mittel sei, einen etwa aus reparationspolitischen Gründen erforderlichen erscheinenden Ausfuhrüberschuß zwangsweise zu erzeugen.

Als Hauptproblem, auch nämlich im Bericht über die Frage der Auslandsanleihen. In allen Punkten der Schachtischen Argumentation kommt der Enquete-Bericht zu einer strikten Widerlegung der von Schacht für seine Auffassung gegebenen Begründung und durchweg wird — nach der selbstverständlichen Aufforderung zur größten Sparsamkeit — bei der ausländischen Verschuldung der Schäden künstlich gehemmt ausländischer Kapitaleinfuhr unterstrichen.

Die Tätigkeit der Beratungsstelle

habe die Aufnahme langfristiger kommunaler Anleihen sehr erschwert, die Befriedigung des kommunalen Kapitalbedarfs in anderer Form nicht verhindert, sei aber bei der Verlängerung des Kreditweges mit einer erheblichen Mehrbelastung verbunden gewesen, was gleichzeitig die Zahlungsfähigkeit der Kommunen außerordentlich verschlechtert habe. Von inflationistischen Gefahren durch Auslandsanleihen könne keine Rede sein, da der Zuwachs als Gold und Devisen meist durch den Rückgang des Wechselportefeuilles ausgeglichen wird. Dazu wird eine außerordentlich instruktive Graphik geliefert.

Ebenso wird auch die Auffassung abgelehnt, daß die Aufnahme von Auslandsanleihen eine zu starke Belastung der Zahlungsbilanz und eine Gefährdung der Währung in der Zukunft zur Folge haben könne.

Der Behauptung, daß geliehene Kapitalien leicht zu Luxusausgaben verwendet werden, wird zunächst entgegengehalten, daß eine Einschränkung etwaiger Luxusausgaben nicht dadurch erzielt werden kann, daß ein Teilgebiet wie die Auslandsanleihen der Kontrolle unterworfen wird. Zur Verhinderung gehöre in erster Linie die Einsicht in die Ueberflüssigkeit und Unzweckmäßigkeit solcher Ausgaben. Dagegen unterliege es keinem Zweifel, daß diese fälschliche Behauptung „den Kapitaldienst auch für nützliche und notwendige Anlagen verfeuert. Die steuerliche Vorbelastung kann — wenn eine Einschränkung der Ausgaben nicht erfolgt — nicht durch eine Beschränkung der Auslandsanleihen verringert werden, da jeder andere Weg zur Beschaffung der erforderlichen Mittel mit einer verhältnismäßig höheren Vorbelastung des Steuerzahlers verbunden ist“. Der Bericht kommt schließlich — nach der dringlichen Empfehlung zur Vorsicht bei der Verschuldung — zur Ablehnung besonderer Hemmungen bei der Aufnahme von langfristigen Auslandsanleihen, „gleichviel, ob sie zur Befriedigung des Kapitalbedarfs der privaten oder der öffentlichen Wirtschaft ausgenommen werden“.

Alle diese Dinge sind auch für die deutsche Wirtschaftspolitik von hoher Bedeutung. Die Argumente gegen die Unzweckmäßigkeit künstlicher Anleihebedeckung sind so stark, daß zunächst die Hoffnung ausgesprochen werden muß, daß endlich auch mit der Beratungsstelle ein für allemal Schluß gemacht wird. 1925 mag einmal die Erziehung vom grünen Tisch aus und auch eine gewisse Gemolitur notwendig gewesen sein. Heute sollte man damit aufhören, wenn es nicht ein für allemal deutlich werden soll, daß man um jeden Preis von der Beratungsstelle aus die Chancen der öffentlichen Wirtschaft an das Privatkapital ausliefern soll.

Lagerumschlag und Kapitalbedarf.

Etwas für unsere Konsumvereine.

Im Juliheft der „Bierteljahrschrift für Genossenschaftswesen“ veröffentlicht der halleische Privatdozent Dr. Schmalz eine Abhandlung „Der Lagerumschlag als Rationalisierungsfaktor in Waren-genossenschaften“, die im Interesse unserer Arbeiterbetriebe, besonders der Konsumgenossenschaften, Beachtung verdient.

Rationalisierung des Handels mit dem Zweck, den prozentualen Anteil des Handelsaufschlages an den Preisen herabzudrücken, ist heute von besonderer Wichtigkeit. Wege dazu haben die Vereinten Staaten bewiesen: durch Vergleich möglichst vieler Betriebe stellt man Vergleichs- oder Kennziffern fest, mögen sie Durchschnittsziffern oder Ziffern der besten Leistung sein, an denen man Stärke oder Schwäche eines einzelnen Betriebes erkennen kann. Einen solchen Betriebsvergleich können die Genossenschaftsverbände sehr leicht durchführen; sie könnten als Zentralstelle Nachfragen herausgeben und so auf die Betriebsführung jedes angeschlossenen Betriebes einwirken.

Für den Vergleich besonders geeignet, für die Konsumgenossenschaften wichtig ist der Lagerumschlag, genauer gesagt die Lagerumschlagssziffer. Diese bezeichnet die Häufigkeit, mit der ein Lagerbestand innerhalb einer bestimmten Zeit umgesetzt wird. Bei einem Jahresumsatz von 100 000 Mark und einem durchschnittlichen Lagerbestand von 25 000 Mark wird das Lager viermal umgeschlagen. Je häufiger der Umschlag erfolgt, desto stärker können die Unkosten des Handelsbetriebes sinken; denn ein großer Teil der Unkosten ist fest, d. h. unabhängig von starkem oder geringem Umsatz. Das haben auch Untersuchungen der amerikanischen Harvard-Universität eindeutig erwiesen.

„Die Lagerumschlagssziffer ist ein ausgezeichnetes Kontrollmittel für die Höhe der notwendigen Bestände.“ Die Feststellung, daß ein Lager im Jahre viermal umgeschlagen wird, läßt den Schluß zu, daß die Lagerdauer durchschnittlich ein Vierteljahr betrug. An Hand dieser durchschnittlichen Lagerdauer kann man dann

prüfen, ob der zu einem bestimmten Zeitpunkt festgestellte Bestand für die kommende Geschäftsperiode ausreicht wird oder nicht. In der Praxis wird man nun mit den Ziffern für ein ganzes Jahr und für das ganze Lager wenig anfangen können, da sowohl Einkauf wie Absatz vieler Waren Saisonschwankungen unterworfen sind. Man muß also die Zahlen für einzelne Abteilungen oder sogar für einzelne Waren, und das auch monatsweise zu ermitteln suchen.

Schmalz schlägt vor, den Durchschnitt des Bestandes vom ersten und letzten eines Monats durch den durchschnittlichen Tagesumsatz zu dividieren und so die durchschnittliche Lagerdauer in Tagen festzustellen. Wir möchten dazu bemerken, daß man in jedem Falle vorher unterfragen müßte, ob nicht an einem der Tage, deren Bestand man zur Rechnung heranzieht, regelmäßig besondere Lieferungen oder besonders hohe Einkäufe (etwa am letzten) stattfänden, die die Durchschnittsrechnung wertlos machen könnten.

Die Vergleichung des Bestandes am Ende des Monats mit dem durchschnittlichen Tagesumsatz ergibt die Zahl der Tage, für die voraussichtlich der Bestand reichen wird.

Von besonderer Bedeutung ist die Lagerumschlagssziffer für den Kapitalbedarf. Der Einkauf eines bestimmten Warenlagers, legen wir im Wert von 25 000 Mark, legt das benötigte Kapital für die Zeit der Lagerdauer fest. Ob nun das Lager zweimal oder viermal im Jahr umgeschlagen wird, das benötigte Kapital bleibt das selbe; aber im ersten Falle wird damit ein Umsatz von 50 000 Mark, im zweiten aber von 100 000 Mark vollzogen. Das ist bei der heutigen Kapitalknappheit nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch für die Rentabilität des Betriebes wichtig. Man kann auch umgekehrt sagen: um einen Umsatz von 100 000 Mark zu bewältigen, braucht man bei zweimaligem Umschlag 50 000 Mark, bei viermaligem nur 25 000 Mark. Der Zinsvorteil liegt auf der Hand.

Die Lagerumschlagssziffer (und ihre andere Lesart: die Lager-

dauer) ist das Mittel zu rationaler Lagerkontrolle und Lagerhaltung. Gelingt es den Konsumgenossenschaften, durch diese Kontrolle den Umfang der Läger herabzusetzen, ihre Umschlaggeschwindigkeit zu erhöhen, so können sie viel Kapital für Erweiterungen oder andere Aufgaben frei machen; die Verbesserung der Rentabilität würde Herabsetzung der Preise und weitere Ausdehnung des Absatzes ermöglichen.

Der Sommer erhöht die Arbeitslosigkeit

1000 Hauptunterstützte in Brandenburg mehr.

Die Arbeitsmarktlage im Bereiche des Landesarbeitsamtes Brandenburg erfuhr in der Woche zum 6. Juli 1929 keine wesentliche Veränderung. Das Anwachsen der Hauptunterstützungsempfänger hielt an, blieb aber gegenüber den Vormonaten bedeutend zurück, was hauptsächlich auf die verstärkte Aufnahmebereitschaft der Landwirtschaft, die zur bevorstehenden Ernte erhöhte Anforderungen von Arbeitskräften aller Art stellte, zurückzuführen sein dürfte.

Wie bisher gut beschäftigt waren der Braunkohlenbergbau und die Zementindustrie, die Ziegel-, Zement- und Hohlglasindustrie. In der Metallindustrie machte sich in einzelnen Zweigen gleichfalls ein Rückgang in der Beschäftigung bemerkbar, der eine Erhöhung der Zahl der männlichen Arbeitslosen zur Folge hatte. Un- einheitlich und wechselnd war die Arbeitsmarktlage im Spinnstoffgewerbe. In der Papier- und in der Lederindustrie, sowie im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ging die Vermittlungstätigkeit zurück, ebenso in der chemischen Industrie, die Neigung zu Kurz- arbeit und Entlassungen zeigte. Gleichfalls unbefriedigend mit Arbeit versehen war das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit Ausnahme der Sägewerke. Günstiger als in der Vormonate war die Lage im Baugewerbe. Für Angestellte erfuhr die Lage des Stellenmarktes eine weitere Verschlechterung.

In der Berichtswoche stieg die Zahl der Arbeitssuchenden um 3044 auf 236 576, d. h. um 1,30 Proz., gegenüber einer Abnahme von 201 gleich 0,09 Proz. in der Vormonate.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 120 664, in der Arztsunterstützung 27 169, zusammen 147 833 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 100 095, auf die Provinz Brandenburg 18 562, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 1107. Für die Arztsfürsorge betrugen die entsprechenden Zahlen für Berlin 23 861, Brandenburg 3223, Grenzmark Posen-Westpreußen 85.

Kapitalverluste bei Keyling & Thomas.

Opfer für die Belegschaft.

Die alte Berliner Gießerei A.-G. vorm. Keyling u. Thomas in der Aderstraße hat im vergangenen Jahre wieder erhebliche Verluste gehabt. Der Verlust von 1928 mit 268 000 M. bei einem Kapital von 1,8 Mill. erhöht mit dem Verlust von 840 000 M. aus dem Jahre 1927 den Gesamtverlust auf 908 000 M. Damit wird eine finanzielle Sanierung unermesslich. Entsprechend hat auch der Aufsichtsrat beschloffen, der Generalversammlung zur Befriedigung der Verluste eine Kapitalzufammenlegung auf ein Viertel, das heißt von 1,8 auf 0,45 Mill. Mark, vorzuschlagen. Man will die dabei sich ergebenden Buchgewinne von rund 1,57 Mill. zur Deckung des Verlustes und zu notwendigen Abschreibungen und Reservebildungen verwenden.

Gleichzeitig wird der Betrieb aus dem Norden Berlins nach Brich verlegt werden. Das Gelände in der Aderstraße, das natürlich einen relativ hohen Wert hat, wird verkauft; über den Erlös ist noch nichts bekannt. Die Betriebsverlegung nach Brich ist schon im Gange und die Verwaltung hofft, daß der Betrieb im Herbst aufgenommen wird. Bei dieser Verlegung wird der Belegschaft von Keyling u. Thomas, deren Arbeitsstätte jetzt um mehrere Kilometer vom Wohnsitz der Belegschaft weiter entfernt liegt, wieder eines jener Opfer zugemutet, über die unsere deutschen Unternehmer so leicht hinwegzugehen pflegen.

„RSL-Wanderer“ — eine Marke.

Motorradfabrikation wird zusammengelegt.

Die deutsche Motorradindustrie führt eine wichtige Rationalisierung durch. Das ist um so wichtiger, als Motorräder noch eine gute Entwicklungsmöglichkeit haben als auch ein wichtiger Exportartikel Deutschlands sind. Die Redaktionsvereinigten Fahrzeugwerke A.-G. und die Wandererwerke in Chemnitz, die beide erfolgreiche Marken herstellen, werden ihre Produktion und den Betrieb zusammenhängen. Die Produktion soll in den Werken der RSL konzentriert und nach einem gemeinsamen Programm durchgeführt werden. Die Betriebsorganisation der Wandererwerke soll eingepart, der Betrieb einheitlich bei RSL zusammengefaßt werden. Die Marken der beiden Firmen werden dadurch erhalten, daß das gemeinsam hergestellte und verteilte Rad „RSL-Wanderer“ heißen soll. Man verspricht sich, wie es natürlich ist, eine erhebliche Senkung der Spefen und Produktionskosten. Die Lage bei RSL ist schon längere Zeit nicht mehr günstig. Wie gemeldet wird, wird nur an drei Tagen in der Woche gearbeitet und 800 Mann sollen demnächst zur Entlassung kommen.

Auch Excelsior-Fahrradwerke-Brandenburg hat große Verluste. Der privatkapitalistische Fahrradindustrie geht es im allgemeinen im Gegensatz zu den florierenden Lindcar-Fahrradwerken der freien Gewerkschaften nicht gut. Ein Zeugnis dafür ist der Verlustabschluß der alten Excelsior-Fahrradwerke A.-G. in Brandenburg a. d. H., die in guten Zeiten rund 1500 Arbeiter und Angestellte beschäftigte. 1928 sei, so heißt es im Geschäftsbericht, der Jahresabgang um die Hälfte hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben, eine Feststellung, die zweifellos mit der Stodung in der Steigerung des Arbeitseinkommens der Massen zusammenhängt, die seit Mitte vorigen Jahres zu verzeichnen ist. Allerdings haben die Excelsior-Fahrradwerke nach dem Geschäftsbericht auch ziemlich große Verluste durch Zahlungseinstellungen von Handelsfirmen gehabt. Jedenfalls wird bei einem Kapital von 3,67 Mill. für 1928 bei einem Rückgang der Einnahmen von 1,11 auf 0,33 Mill. (!) ein Verlust von 0,56 Mill. ausgewiesen, nachdem in den Jahren seit 1924 8, 12,6 und 6 Prozent Dividende verteilt worden waren. Der Verlust soll teilweise dadurch gedeckt werden, daß man die Reserven von 0,36 Mill. auflöst. Durch die Aufnahme der Motorradproduktion hofft man, das Geschäft wieder mehr in Schwung zu bringen.

Bauril, der Aluminiumrohstoff, ein Geschäft für 20 Proz. Dividende. In Zürich sitzt die Bauril-Truht A.-G., die in der Hauptphase die ungarischen Baurilvorkommen, den Rohstoff für die Herstellung von Aluminium, privatkapitalistisch ausbeutet und an der durch Lieferungsverträge und durch Kapitalbeteiligung auch das Deutsche Reich für seine Reichsaluminiumwerte beteiligt ist. Der Reingewinn der Bauril A.-G. ist gegenüber dem Vorjahr von 1,80 auf 2,24 Mill. Schweizer Franken gestiegen. Bis im Vorjahr, werden daraus auf das Kapital von 11 Mill. Schweizer Franken wieder nicht weniger als 20 Proz. Dividende verteilt.

Eisgefahr im Nordatlantik

Wiederum kommt aus dem hohen Norden die Kunde von umhertreibenden riesigen Eisbergen, diese furchtbare Gefahr jener Meeresbreiten, läßt in uns mit neuer Lebendigkeit die grauenhaften Bilder der „Titanic“-Katastrophe emporsteigen, die das Schicksal so vieler mit dem gleichen Untergang bedrohter Fahrzeuge, ins Gigantische gesteigert, uns vor Augen geführt hat, und erweckt in uns die Frage nach den Abwehrmitteln und den bisherigen Erfolgen des Menschen im Kampf mit diesen Naturgewalten.

Die von der großen Inlandeisdecke Grönlands her der Küste zufließenden Gletscher erreichen schließlich das Meer und steden im Laufe der Jahre ihre „Zungen“ weiter und weiter in das offene Meer. Die Wellen höhlen die abwärts gerichtete Eisspitze aus, später drückt der Auftrieb des Wassers sie empor und bricht sie ab. Sie wird dann als Eisberg von der Labradorströmung in niedere Breiten transportiert, sobald Sturmwinde in der wärmeren Jahreszeit die südwärts gerichteten Eisdriften öffnen und die Treibkraft nach Süden ermöglichen. Diese gewaltigen Berge aus Firneis ragen nur zu einem Bruchteil, nämlich zu etwa einem Fünftel ihrer Größe, aus dem Wasser. Vier Fünftel schwimmen unter der Oberfläche des Meeres und bilden eine der schlimmsten Gefahren für die Schifffahrt. Auf den Neufundlandbänken stranden die tiefer gehenden, mit Moränensteinen beladenen Berge, sobald sie flachere Wasser erreichen. Durch diesen, durch Jahrtausende fortgesetzten Schutz- und Steintransport erklärt man das Entstehen jener Bänke.

Das Zusammenströmen des Labradorstroms und des warmen, von Süden heraufkommenden Golfstroms verursacht die gefährlichen Nebel dieser Gegend. Die großen Dampferlinien haben daher mehr Sicherheit gewählende Routen vereinbart, um außerhalb der Eisgrenze zu bleiben. Sie wählen den nördlichen oder südlichen Weg, je nach Jahreszeit und Eisgefahr. Seit 1912 ist auf den Bänken von den Vereinigten Staaten ein besonderer Eismeldedienst eingerichtet, zu dem die Veranlassung das die ganze Welt erschütternde Unglück der „Titanic“ war.

Der Riesendampfer der englischen White Star Linie „Titanic“, zu seiner Zeit das größte und schönste Schiff der Welt, ein Wunderwerk an Technik und Ausstattung, stieß auf seiner ersten Ausfahrt von Europa im eben beschriebenen Gebiet mit einem Eisberg zusammen. Der Unfall ereignete sich bei fast klarem Wetter auf 41,46 Grad Nordbreite und 50,14 Grad Westlänge am 15. April 1912 abends um 11 Uhr 40 Min. An Bord befanden sich 2340 Personen, von denen nur 705 gerettet wurden. 1635 Menschen fanden in einer einzigen Nacht zusammen mit dem Riesenschiff ihr Grab im Atlantik. — Die Welt forderte Rechenschaft. Fast ein Jahr lang der Untersuchungsanspruch in London. Am Anschließ daran trat am 12. November 1913 die erste sogenannte „Titanic-Konferenz“ zusammen, um über Bestimmungen zum Schutze menschlichen Lebens auf See zu beraten. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen war durch das „Titanic“-Unglück so klar bewiesen, daß man nicht erst auf die Ratifikation der Bestimmungen durch die in Frage kommenden Länder wartete, sondern ohne weiteres beschloß, den Vereinigten Staaten gegen nachträgliche Kostenerstattung die nötigen Schritte zur Erzielung größerer Sicherheit im Nordatlantik zu überlassen. In Wirklichkeit kam es aber nicht zum Inkrafttreten des Übereinkommens. Der Krieg trat dazwischen.

Mittlerweile hatte Amerika bereits die von ihm im Londoner Vertrag geforderten zwei Eispatrouillenschiffe in Dienst gestellt, die in regelmäßiger Fahrt die Neufundlandbänke nach dort treibenden Eisbergen absuchen sollten. Im März verlassen diese beiden Re-

gierungsfahrzeuge ihre Heimathäfen an der nordamerikanischen Küste und begeben sich ins Eisgebiet. Dort schaffen sie durch das Sammeln von drahtlosen Meldungen, die jeder Dampfer, der das Gebiet befährt und mit drahtloser Telegraphie ausgerüstet ist, alle vier Stunden abgeben soll, eine Uebersicht, wieviel und wie weit die schwimmenden Berge mit dem Labradorstrom nach Süden vordringen. Haben sie erst den Golfstrom erreicht, so ist es bald mit ihnen aus. In seinem warmen Wasser schmelzen sie rapide zusammen.

Im Jahre 1929 nehmen die Küstenwachschiffe „Modoc“ und „Tampa“ den Eisbeobachtungsdienst im Nordatlantik wahr. Ihre Beobachtungen werden außerdem von den amerikanischen Küstenstationen Washington, Boston, New York und Norfolk zu bestimmten Stunden wiederholt. Auch die kanadische Küstenstation Cape Race schickt täglich im Anschluß an ihre Wetternachrichten einen drahtlosen Eisbericht an alle Schiffe in Reichweite. Dazu hat die kanadische Regierung ein eigenes Eispatrouillenboot im St. Lorenzogolf fahren, um dort und in der Labradorstraße die Eisverhältnisse zu studieren.

Auf allen diesen Stationen werden die von anderen Schiffen gemeldeten Eisberge genau registriert und dann in einer Sammelmeldung mit Position und Drift allen betagtegeben. Abgesehen von den Eismeldungen verbreiten die Patrouillenboote Nachrichten über treibende Wracks oder andere Gefahren, die die Navigation bedrohen könnten. Ihre Tätigkeit besteht neben diesem Warndienst in der Beseitigung der Hindernisse durch Sprengung. Gegen eis können allerdings auch die Warnnachrichten nicht schützen. Das ist der heimtückische Feind des Seemanns, der aus dem Zusammenstoßen der kalten und warmen Meeresströmung entstehende Nebel, durch den die Dampferwege hindurchzuführen. Wie ein graues Leinentuch lagert er tagelang über diesen dichtbefahrenen Gewässern. Man beugt nach Möglichkeit etwaigen Zusammenstößen vor, indem die Schiffsleitung, abgesehen von den mit der Dampfpeise gegebenen akustischen Signalen, in Ein- und Zweistundenabstand die Position des Schiffes, seinen Kurs und seine Fahrtrichtungsrichtung drahtlos an alle schickt. Ist nun aus dem entgegenkommenden Dampfer die Funkstation dauernd besetzt, so hat der Kapitän bald die Gegenmeldung des zu passierenden Schiffes in Händen. Belder sind noch immer Frachtschiffe auf dem Ozean anzutreffen, die nur aus Sichtweise oder in großen Zeitabständen ihre Funkstation in Betrieb halten.

In diesem Jahr, am 16. April, trat in London abermals eine „Konferenz zur Sicherheit des menschlichen Lebens auf See“ zusammen, die von allen schiffahrtstreibenden Ländern mit Sachverständigen besetzt wurde. Sie hatte die im Jahre 1913 gefassten Beschlüsse im wesentlichen den außerordentlichen Fortschritten auf dem Gebiet der Meteorologie und der drahtlosen Telegraphie anzupassen. Ferner hatte sie die Kostenverteilung für die Eiskontrolle und die Beseitigung treibender Wracks auf die beteiligten Nationen neu zu regeln. In den Beschlüssen der diesjährigen Konferenz verlangte man die obligatorische Einführung von Funkanlagen auf allen Schiffen von über 1600 Tonnen Raumgehalt und die Einführung des Funkpeilers auf allen Passagierschiffen von 5000 Tonnen Bruttogehalt und darüber.

Hoffentlich gelangt das Ergebnis dieser Beratungen zu einer bedingungslosen Annahme in den Parlamenten der betroffenen Länder, damit diese Bestimmungen nicht nur auf dem Papier ein unwirkliches Dasein führen. Vermehrte Sicherheit auf See wird sich im Nordatlantikverkehr in größeren Passagierzahlen zeigen, die heute noch weit unter der vor dem Weltkrieg erreichten Höhe liegen.

Frank Stoldt.

W. Appelt: Der Schulausflug

Au, wie war da ihrer Clara ihr Schulausflug?
— Ach, ganz schön. Hier Mitter hatten schöne Unterhaltung. Da gab's allerhand Reizgeiten. Da war'n doch aus all'n Stadtvierteln welche mit. An jede wußte was andres. Amr mein Kerger hab' 'ch derwegen ooch gehabbt. Ich hadde doch mein' Allongs mit, weil 'ch 'n nich alleene drcheeme lassen wöllte. An der hat sich nu sein Schobß machen woll'n un hat die Mädeln mit Sand geschmissen. Da hätten se bloß mal die andern Mitter beer'n soll'n, wie gefährlich die tun konntin. An de Dogen kenne der Sand gehn, hamme gefagt, un aus 'n Haar'n kriegen se 'n mer weech wie schwer wieder raus. Das war jilleicht 's bissel Deatßer. Was gloom se denn, was ich mich da habb offregen misse. Am'r mier wurden bloß nachher underbrochen, 's war eegenlich schade, weil das mit meiner Clara ihr'n Kneeb dafferte

Die hat sich wohl 's Kneeb zerrissen?
— Ree — Am'r in der Kneibe, wo mier war'n, da isse mal in Schtall gegang', un nu weech ich ooch nicht, isse hingefallen oder hat se wo angetrossen, jedenfalls hatte se enn ganz großen Fieck ins Kneeb. Un der geht ooch nich wieder raus.

Bruchsen ses doch mal mit Bersill!
— Das hat nu keen Zweck mehr. Das hätten mier uns erscht kiarlegen soll'n. Eh' mier das mit denn Schifft gemacht hamn. Da hamn mier uns nämlich von den Leiten enn Fledenschifft gähm lassen, un da is die Schmiere erscht richt'g fest geworden. Wie Besch. Un Knochenharte.

Wer weech, was das fr e Schifft war?
— Ae Warzenschifft! Amr das hamn mier ähm erscht hinterhet geseen off denn Silberdabier. Die Peite sagten nachher, so hätten solchen Draach gehabbt wegen denn viel'n Gähnen, un da hätten se ähm da falken erwischt. . . Ja, das sinn ähm solche Sachen. Ich gloome, nächstes Jahr mach' ich nich wieder mit.

Da sinn se amr ooch nicht gebessert. Wer weech, was da alles daffiert.
— Das kann mier nachher egal sinn. Da kenne doch wenigstens die andern Mitter nich so de große Gucke hamn, daß 'ch besser off meine Kneeb offbollen sollte. Un mit denn Fieck in denn Kneeb, da braucht 'ch mr ooch keene Klobberbrecken zu machen. Da ischell ich mich einfach off den Schtandbunt, daß dr Lehrer nicht gemess offgebott hat, un da muß de Schule meiner Clara 's neies Kneeb loofen.

Da mer'n se wohl lee Bild drmit hamn.
— Das wer'n mier schon seh'n! Das wär doch gelocht! Zu was bezah'n mier 'n unfer Schulgeld?

Wie Tjchechow schuf

„Ich sterbe“ — das waren die letzten deutsch gesprochenen Worte, die Tjchechow in der Villa Friederike in Badenweiler am 15. Juli 1904 zu seinem Arzt Dr. Schröder sprach, bevor er seinen Geist aufgab. Damals verließ eine der reinsten und edelsten Seelen nicht nur der russischen Dichtung, sondern der Weltliteratur überhaupt ihre sterbliche Hülle. Der Vierundvierzigjährige, den ein schleichendes Lungeneiden nach 20jähriger Krankheit allzu früh dahintrastete, ist nicht nur ein Erzähler von besonderen Gnaden gewesen, dessen kurze Geschichten in ihrer unvergleichlichen Mischung von Humor und Ironie, von Heiterkeit und Schwermut Meisterwerke ihrer Art bleiben werden, sondern er war auch ein unerdlich gütiger Mensch, dem die tiefe Erkenntnis der menschlichen Schwächen und der irdischen Tragik die Hoffnung auf eine schönere Zukunft, den Glauben an das Gute nicht raubte. Gorki, der ihn in seinen Erinnerungen mit liegender Verehrung geschildert hat, sagt einmal: „In Gegenwart von Anton Pawlowitsch empfand jeder Mensch unwillkürlich den Drang, einfacher, wahrhafter, mehr er selbst zu sein,“ und als das Ziel seines Lebens bezeichnet er die Bekämpfung des Banalen im Alltäglichen, das er mit so unachahmlichem Scharfsinn überall im Leben aufzufinden wußte.

Dieser Arzt, der von seinem Studium her eine naturwissenschaftlich lästige Betrachtung des Daseins besaß und sich zu einem der kältesten Beobachter der feinsten Züge entwickelte, wurde dadurch nicht zum Menschenverächter, sondern bis zu seinem Tode wuchs seine Seele immer reicher und schöner, wie Bunin von ihm gesagt hat, der uns aus seinen letzten Jahren berichtet: „Tjchechow träumte häufig laut vor sich hin: „Ein Wanderer, ein Pilger zu werden oder sich in einem Kloster niederzulassen, mitten im Walde, die Sommerabende auf einem Bänken vor dem Kloster zu sitzen.“ So wohnte in dem Realisten ein Schwärmer und Seher, der die keinen Dinge des Alltags durch einen Ewigleitszug verklärte. Keiner hat so erbarmungslos wie er den Niedergang der altrussischen Kultur, den Sumpf in der Seele des talentlosen, innerlich leeren russischen Menschen geschildert, aber die Hoffnung auf die Zukunft verlor er nie und glaubte, daß „die Erde noch einmal zu einem blühenden Garten werden wird“.

Wenn man sich die Fülle der äußerst banalen und doch so tief-sinnigen Stoffe, das Gemimmel lebendig gewordener Personen in seinen Geschichten und Dramen vergegenwärtigt, dann steht man vor einer schier unbegreiflichen Fruchtbarkeit. Aber sein Leben war ein ewiges Beobachten, sein Schaffen ein beständiges Ernten aus der ungeheuren Mannigfaltigkeit, die sein Dichterbild erschauete. Er hat selbst auf die Bedeutung hingewiesen, die seine Notizbücher in seinem Schaffen haben. Seit frühester Jugend zeichnete er sich jede Kleinigkeit auf, da er überall einen Stoff zur Gestaltung sah. „Neben Augenblick muß ich daran denken,“ schreibt er einmal, „daß eine unvollendete Novelle meiner harri. Ich sehe eine Wolke, die einem Klavier ähnlich ist, und ich denke: das muß ich irgendwo erwähnen. Es riecht nach Blumen, schnell muß ich diesen Geruch festhalten. Jedes Wort, jede Bewegung muß ich in mein Notizbuch, diese literarische Schatzkammer, einsperren. Ich werde sie irgendwann einmal brauchen können.“ Kurz vor seinem Tode zeigte er dem Kritiker Garin seine Notizbücher und sagte dabei: „Sehen Sie, hier ist Stoff für viele tausende Seiten. Fünf Jahre müßte ich ununterbrochen arbeiten, wenn ich alles, was darin steht, verwerten wollte.“ Vieles von diesen Schätzen, aus denen er so Wunderpoesies zu gestalten wußte, blieb ungenutzt, aber was der Zauberstab seines Genies zu einem neuen Leben erweckte, wird unsterblich bleiben.

Die Berechtbarkeit der weißen Haarfarbe. Es ist bekannt, daß in einzelnen Familien das frühe Ergrauen der Haare sich vererbt, ähnlich wie die Farbe der Augen oder die Gestalt der Nase. Nun berichtet H. A. Hare in Cambridge von einer Familie, in der frühzeitig weiches Haar in fünf Generationen vorkam. Im Alter von 17 oder 18 Jahren fing das Haar an grau zu werden und war bis 25 Jahre völlig weiß.

E. Molnar: Zwei Männer und zwei Frauen

(Dr. Latzner und Dr. Mittelstand sind mit ihren Frauen in einem Kaffeehaus gewesen. Die Frauen haben Eis gegessen. Dann folgt ein kleiner Spaziergang auf dem Korso. Die Frauen gehen voran, die Männer folgen.)

Wovon die Frauen sprechen.

„Weißt du schon, wo du heuer den Sommer verbringen wirst?“

„Ich habe mich noch nicht endgültig entschieden.“

„Du wirst doch nicht zu Hause bleiben wollen?“

„Wo denkst du hin? Ich bin nur noch nicht im klaren, ob wir nach Neapel oder nach London fahren werden. Ich glaube in Neapel ist es ein wenig zu heiß. In London wieder werden die Theater geschlossen sein. Und du?“

„Ich habe meinem Mann schon gesagt, daß ich auf Paris bestehe. Es war auch von der Schweiz die Rede, aber ich verabscheue die hohen, kahlen Berge. Meine Toiletten sind beinahe alle fertig. Weißt du, ich habe ein Abendkleid aus weißem Mousseline, was soll ich dir sagen? ... ein Gedicht ... Dann ein zweites aus Crepe Georgette.“

„Hast du sie zu Hause machen lassen?“

„Was fällt dir ein... In einem Salon, in einem erstklassigen Salon. Du läßt zu Hause arbeiten?“

„Na hörst du! In zwei Salons werden meine Kleider angefertigt. Das eine ist aus Crepe Marocain und das vierte aus weißem Tuch, ganz gestickt.“

„Wenn du wüßtest, wie glücklich ich bin, wenn ich an die Abreise denke. Zwei Monate lang sieht mich Wien nicht.“

„Ich plane erst gegen Ende September nach Hause zu kommen.“

„Und dein Personal?“

„Mein Personal lasse ich hier zurück. Es kommt wohl ein bißchen teuer, wenigstens geben sie aber auf die Wohnung acht.“

„Ich nehme mein Stubenmädchen mit. Die Köchin schicke ich aufs Land, weißt, sie ist kränzlich, und ich will, daß sie bis zum Herbst kerngesund ist.“

„Ich brauche kein Stubenmädchen. Mein Mann ist damit einverstanden, daß mich eine entfernte arme Verwandte von mir, ein hübsches Mädchen, begleitet. Ich werde sie gut brauchen können.“

„Sag, Liebste, kommst du morgen auf den Kobenzl?“

„Es geht nicht. Ich bitte dich, ich habe schrecklich viel zu tun. Ich werde den ganzen Tag mit der Modistin und meinem Schuhmacher verbringen müssen.“

„Schade, sonst hätte ich dich eingeladen, mit mir zu fahren.“

„Ich danke dir, Leure. Ich habe für morgen schon ein Auto bestellt; ich werde wegen meiner Erledigungen den ganzen Tag unterwegs sein müssen.“

Wovon zur gleichen Zeit die Männer sprechen.

„Also, ich bitte dich, das ist einfach nicht mehr auszuhalten. Meine Frau war gestern in Enzersdorf, und stelle dir vor, man hatte die Frechheit, für ein stendes Loch hundertfünfzig Schilling zu verlangen. Für ein Zimmer — was heißt, Zimmer! — ein Loch, mit Küchenbenutzung für eininhalb Monate.“

„Run, und was wirst du tun?“

„Nach Worten.“

„Ich habe einen Verwandten auf dem Lande. Ein lieber Mensch, er sieht uns ganz gerne, nur hat es den einen Haken, daß er kein Fremdenzimmer hat. Er sagte aber, man könnte die Waschküche umändern... wir mögen Betten, Rasten, Stühle, alles mitbringen und dann brauchen wir bloß für die Kost zu bezahlen.“

„Das nenne ich ein Glück. Und deine Frau? was sagt die dazu?“

„Jetzt beginnt sie sich schon in alles dreinzufinden. Anfangs ging es wohl schwer...“

„Ganz wie bei meiner Frau.“

„Sie sagt, wenn sie schon in ein Dorf fährt, will sie sich von dem ersparten Gelde (nicht schlecht, wie?) ein Sommerkostüm machen lassen. Sie hat eine Haus Schneiderin, ein billiges Vergnügen, so habe ich es ihr denn bewilligt.“

„Meine Frau läßt ihr vorjähriges Kleid umarbeiten. Auch sie hat sich schon daran gewöhnt.“

„Bloß davor habe ich Angst, daß unsere Wohnung leer bleibt. Die Köchin und das Stubenmädchen schicken wir fort. — wer zum Teufel könnte das durchhalten? Ich werde mir selbst aufräumen, werde mir zu Hause einen Tee kochen, irgendwo in einer Ausklocheri zu Mittag essen und abends fahre ich hinaus nach Enzersdorf. Im Herbst beginnt dann die Jagd nach einem neuen Personal.“

„Genau so wie bei uns. Du, sage einmal, könnte man die Sache nicht so lösen, daß du die Köchin behältst — unsere Kochin und unser Stubenmädchen —, ich aber das Stubenmädchen. So könnten wir wenigstens gemeinsam zu Mittag essen und hätten jemand, der uns die Wohnung in Ordnung hält.“

„Eine glänzende Idee! Ich werde die Sache noch heute mit meiner Frau besprechen.“

(Verständliche Uebersetzung von R. Rzeul.)

